4.

Diese Genehmigung schließt nach § 13 BImSchG die nach der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO)³ zu erteilende Baugenehmigung ein.

5.

Die Kosten des Verfahrens sind vom Antragsteller zu tragen.

II.

Nebenbestimmungen und Auflagen:

1. Allgemeines

- 1.1 Die Anlage ist – soweit nachstehend nichts Abweichendes bestimmt ist – nach Maßgabe der im Anlagenverzeichnis aufgeführten Beschreibungen und Zeichnungen zu errichten und zu betreiben. Die Antragsunterlagen sind Bestandteil der Genehmigung.
- 1.2 Die Inbetriebnahme der Anlage ist der Unteren Boden- und Immissionsschutzbehörde (UBB/UIB) des Landkreises Gifhorn spätestens 14 Tage vorher anzuzeigen.
- 1.3 Diese Genehmigung erlischt gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG, wenn innerhalb einer Frist von 2 Jahren ab Bestandskraft des Genehmigungsbescheides nicht mit der Errichtung der Anlage begonnen wurde.
- 1.4 Der Genehmigungsbescheid ist am Betriebsort aufzubewahren.
- 1.5 Ein Wechsel des Anlagenbetreibers ist der Genehmigungsbehörde (Abteilung Boden- und Immissionsschutz des Landkreises Gifhorn) unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- 1.6 Der Immissionsschutzbehörde des Landkreises Gifhorn, der zuständigen Polizeidienststelle und gegebenenfalls der Feuerwehr sind Störungen des bestimmungsgemäßen Betriebes der Anlage unverzüglich mitzuteilen. Als Störungen des bestimmungsgemäßen Betriebes sind alle Betriebszustände der Anlage zu verstehen, durch die eine Gemeingefahr hervorgerufen wird (z. B. Freisetzung von Stoffen, die in Brand geraten oder explodieren können).
- 1.7 Die Maßnahmen von bodenkundlicher und ökologischer Baubegleitung sind aufeinander abzustimmen.

2. Ortsplanung, Bauordnung und Brandschutz

Aufschiebende Bedingung

- 2.1 Vor Baubeginn des Bauvorhabens (Fundamentaushub der Windenergieanlage) hat die Bauherrin / der Bauherr entsprechend § 52 Abs. 2 Satz 3 NBauO der Bauaufsichtsbehörde (Abteilung Bauordnung und Ortsplanung des Landkreises Gifhorn) den Namen der Bauleiterin / des Bauleiters schriftlich mitzuteilen.
- 2.2 Die Baugenehmigung wird unter der aufschiebenden Bedingung erteilt, dass der Bauaufsichtsbehörde (Abteilung Bauordnung und Ortsplanung des Landkreises Gifhorn) vor dem Beginn der Bauarbeiten (Fundamentaushub der Windenergieanlage) eine Sicherung in Form einer unbefristeten Bankbürgschaft für die Rückbaukosten in Höhe von 250.800 € erbracht wird.
- 2.3 Vor Baubeginn (Fundamentaushub der Windenergieanlage) sind Baulasten gem. § 6 Abs. 2 NBauO als Nachweis der Einhaltung der Grenzabstände für die hier gegenständliche Baumaßnahme erforderlich.
- 2.4 Vor Baubeginn (Fundamentaushub der Windenergieanlage) sind Baulasterklärungen gem. § 4 Abs. 2 NBauO als Nachweise der Zugänglichkeit zur öffentlichen Verkehrsfläche für die hier gegenständliche Baumaßnahme erforderlich.

³ Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. April 2012 (Nds. GVBl. S. 46), in der z. Z. gültigen Fassung

- 2.5 Mit den Bauarbeiten darf erst begonnen werden (Fundamentaushub der Windenergieanlage), wenn die erforderlichen Baulasten vorliegen und diese nach Prüfung in das Baulastenverzeichnis des Landkreises Gifhorn eingetragen worden sind.
- 2.6 Vor Beginn des Bauvorhabens (Fundamentaushub der Windenergieanlage) sind der Bauaufsichtsbehörde (Abteilung Bauordnung und Ortsplanung des Landkreises Gifhorn) die gültigen Typenstatiken und Typenprüfberichte zur Überprüfung der dort getroffenen Annahmen vorzulegen. Mit den Bauarbeiten darf erst nach Freigabe des Prüfstatikers begonnen werden.

Auflagen

- 2.7 Die Genehmigung ist mit allen Nebenbestimmungen und Hinweisen vor Baubeginn (Fundamentaushub der ersten Windenergieanlage) den verantwortlichen Personen (§§ 52 - 56 NBauO: Grundstückseigentümer, Entwurfsverfasser, Unternehmer, Bauleiter usw.) zur Kenntnis zu geben.
- 2.8 Der Baubeginn (Fundamentaushub der ersten Windenergieanlage) ist der Bauaufsichtsbehörde 4 Wochen vor dem Beginn der Bauarbeiten schriftlich anzuzeigen (§ 76 Abs.1 NBauO).
- 2.9 Die Fertigstellung der Baumaßnahme ist der Bauaufsichtsbehörde (Abteilung Bauordnung und Ortsplanung des Landkreises Gifhorn) unverzüglich; d. h. ohne schuldhaftes Zögern; schriftlich anzuzeigen (§ 76 Abs. 1 NBauO).
- 2.10 Bauaufsichtliche Abnahmen sind nicht erforderlich. Dies gilt nicht für die geforderten Abnahmen durch den Prüferingenieur.
- 2.11 Für die Ausführung der Baumaßnahme ist der geprüfte Standsicherheitsnachweis maßgebend.
- 2.12 Der Prüfbericht und die Prüfbemerkungen zum Standsicherheitsnachweis sind bei der Ausführung zu beachten.
- 2.13 Die hier verfahrensgegenständlichen WEA des Windparks Jembke Süd werden mit technischen Einrichtungen betrieben, welche den jeweiligen Anlagenrotor bei Eisansatz in den sogenannten Trudelbetrieb versetzt. Dementsprechend ist im Aufenthaltsbereich unter den Rotorblättern besagter Windenergieanlagen durch Hinweisschilder auf die verbleibende Gefährdung durch Eisabfall bei Rotorstillstand oder Trudelbetrieb aufmerksam zu machen.
- 2.14 Es sind wiederkehrende Prüfungen nach Abschnitt 15 der „Richtlinie für Windenergieanlagen – Einwirkungen und Standsicherheitsnachweise für Turm und Gründung“ in der aktuellen Fassung i. V. m. den Vorgaben in dem begutachteten Wartungspflichtenbuch sowie den weiteren Auflagen in den übrigen Gutachten durchzuführen.
- 2.15 Ein Weiterbetrieb der Windenergieanlagen nach Ablauf der Entwurfslebensdauer muss von geeigneten unabhängigen Sachverständigen für Windenergieanlagen durch gemäß der „Richtlinie für den Weiterbetrieb von Windenergieanlagen- Beurteilung von Turm und Gründung“ anfallende Inspektionen sowie Beurteilungen von Lasten und/ oder Komponenten der WEA geprüft werden.
- 2.16 Die Windenergieanlagen sind nach Außerbetriebnahme rückstandsfrei einschließlich der jeweiligen Gründung und aller Bodenversiegelungen, entsprechend der Verpflichtungserklärung zu beseitigen.
- Auflagen Brandschutz:
- 2.17 Das Brandschutzkonzept / der Brandschutznachweis der Firma H.-H. Janssen Architekt & Brandschutzsachverständiger Nr. BSK0816b-2 mit Stand vom 03.08.2021 wird Teil dieses Genehmigungsbescheides.
- 2.18 Nach Abschluss der Baumaßnahmen (Hochbauarbeiten) ist die Umsetzung des Brandschutzkonzeptes, durch den Brandschutzkonzeptersteller oder einen Brandschutzingenieur oder den Entwurfsverfasser / Bauleiter mit den entsprechenden Sachkenntnissen, gegenüber der Brandschutzdienststelle des Landkreises Gifhorn zu bestätigen.

2.19 Für den Windpark Jembke Süd, auch in Kombination mit dem Windpark Jembke Nord, gemeinsam bestehend aus bis zu drei WEA, ist eine Löschwasserversorgung als Objektschutz nachzuweisen. Es sind zwei Entnahmestellen (gemäß DIN 14210 Löschwasserteich oder DIN 14220 Löschwasserbrunnen oder DIN 14230 Löschwasserbehälter) innerhalb des Windparks vorzusehen, deren Kapazität mindestens je 48 m³ oder 24 m³/h für die Dauer von 2 Stunden beträgt. Die Entnahmestellen sind strategisch so innerhalb des Windparks zu verteilen, dass nicht beide im selben Trümmerschatten liegen.

2.20 Für den Windpark ist ein Feuerwehrplan zu erstellen bzw. überarbeiten und der Brandschutzdienststelle (BSP) des Landkreises Gifhorn zur weiteren Verwendung zu übergeben. Angaben zu Art und Anzahl der Ausfertigungen sind dem „Merkblatt für die Erstellung von Feuerwehrplänen für den Landkreis Gifhorn“, einzusehen im Internet, und der DIN 14095 zu entnehmen. Der Feuerwehrplan ist vor dessen Fertigstellung mit der Brandschutzdienststelle abzustimmen, da Windparks besondere Pläne erfordern.

2.21 Ein Zugang in die Windenergieanlagen ist für die Feuerwehr nicht vorzusehen.

2.22 Die WEA des Windparks Jembke Süd sind jeweils mit einer automatischen Löschanlage im Maschinenhaus auszustatten.

3. Immissionsschutz

3.1 Innerhalb des Windparks Jembke Süd dürfen maximal 2 Windenergieanlagen des Typs **Nordex N 149 / 5.7** mit zu gewährleistenden Kenndaten wie folgt beschrieben, betrieben werden:

- max. Nennleistung von je 5,7 MW,
- max. Nabenhöhe 125,4 m,
- max. Rotordurchmesser von 149,1 m,
- Rotoren ausschließlich mit Serrations (STE), d. h. Rotoren sind mit Sägezahn hinterkante oder gleichwertig auszustatten, sowie mit einem
- max. zulässiger Schalleistungspegel $L_{e, \max}$:
- von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr: Mode 0: i. H. von 107,3 dB(A)
- von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr: Mode 10: i. H. von 101,2 dB(A)

Hinweis 1: $L_{e, \max}$ stellt den max. zulässigen Schalleistungspegel in der jeweiligen Betriebsart/Mode dar. Den Betriebsmodi sind folgend aufgeführte maximal zulässige Oktav-Schalleistungspegel in dB(A) zugeordnet:

Mode 0:

	Oktavspektrum /db (A)								
Frequenz (Hz)	63	125	250	500	1000	2000	4000	8000	A
$L_{e, \max, \text{oktav}}$	89,0	95,2	98,9	101,5	102,2	99,7	92,1	84,1	107,3

Mode 10:

	Oktavspektrum /db (A)								
Frequenz (Hz)	63	125	250	500	1000	2000	4000	8000	A
$L_{e, \max, \text{oktav}}$	82,9	89,1	92,8	95,4	96,1	93,6	86,0	78,0	101,2

Hinweis 2: In dem $L_{e, \max}$ sind die im Rahmen der vorgelegten Prognose formuliert Messunsicherheiten für:

δ_R (Unsicherheit der Typenvermessung) i. H. von 0,5 dB,

δ_P (Unsicherheit durch Serienstreuung) i. H. von 1,2 dB,

δ_{Prog} (Unsicherheit des Prognosemodells) i. H. von 1,0 dB, der daraus abgeleiteten

δ_{ges} (Gesamtunsicherheit) i. H. von 1,7 dB, sowie der ermittelten

oberen Vertrauensbereichsgrenze ($\Delta L = 1,28 * \delta_{\text{ges}}$) i. H. von 2,1 dB enthalten.

Hinweis 3: Zum Nachweis der Nicht-Überschreitung der Schallemission der errichteten Anlage dieses Typs mit dem für den Anlagentyp festgesetzten maximal zulässigen Schalleistungspegels $L_{e, \max}$ sowie des Spektrums $L_{e, \max, \text{oktav}}$ gilt:

$L_{e, \max} = \text{max. zulässiger Schalleistungspegel in dB} + 1,28 \cdot \sqrt{(\sigma_R^2 + \sigma_P^2)}$

$L_{e, \max, \text{oktav}} = \text{Oktavspektrum des max. zulässigen Schalleistungspegels in dB} + 1,28 \cdot \sqrt{(\sigma_R^2 + \sigma_P^2)}$

3.2 Für den Typ Nordex N149 / 5.7 ist eine Abnahmemessung gemäß der „Hinweise zum Schallimmissionsschutz bei Windkraftanlagen“ der LAI mit Stand vom 30.06.2016 durchzuführen.

3.2.1 Der Punkt 5.2 (Emissionsseitige Abnahmemessung) der „Hinweise zum Schallimmissionsschutz bei Windkraftanlagen“ der LAI mit Stand vom 30.06.2016 ist bei der Abnahmemessung verbindlich zu berücksichtigen.

3.2.2 Die Abnahmemessung ist an der WEA 3 des Windparks Jembke Süd in den dieser Genehmigung zugrundeliegenden Betriebsmodi „Mode 0“ und „Mode 10“ durchzuführen.

3.2.3 Die Messergebnisse der Abnahmemessung und darauf basierende, angepasste Schallausbreitungsprognose sind der Genehmigungsbehörde (Abteilung Boden- und Immissionsschutz des Landkreises Gifhorn - UIB) spätestens ein Jahr nach Inbetriebnahme der WEA des Windparks Jembke Süd vorzulegen.

3.2.4 Eine Bestätigung über die Annahme der Beauftragung zur Abnahmemessung ist der UIB spätestens binnen eines Monats nach Inbetriebnahme der WEA des Windparks Jembke Süd vorzulegen.

3.3 Ausschluss des Betriebs des Windparks Jembke Süd zur Nachtzeit (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr).

Der Betrieb zur Nachtzeit ist nicht gestattet.

Der wie im Antrag beschriebene Betrieb des Windparks Jembke Süd sowie einzelner WEA zur Nachtzeit darf erst:

- mit Bekanntwerden und subsequenter Vorlage einer FGW-konformen Einfach- oder Dreifachvermessung des Anlagentyps Nordex N149 / 5.7, in den dieser Genehmigung zugrundeliegenden Betriebsmodi „Mode 0“ und „Mode 10“ und der darauf basierenden, angepassten Schallausbreitungsprognose oder
- nach Vorlage der Abnahmemessung und der darauf basierenden, angepassten Schallausbreitungsprognose sowie
- einer schriftlichen Zustimmung der UIB aufgenommen werden.

Hinweis 4: Die Behörde kann den Betrieb des Windparks zur Nachtzeit auf Grundlage vorstehender Punkte an weitere Nebenbestimmungen knüpfen.

3.4 Die WEA des Windparks Jembke Süd dürfen ausschließlich mit einer Automatik zur Abschaltung der einzelnen WEA entsprechend eines noch vorzulegenden Gutachtens zur Rotorschattenwurfregelung betrieben werden.

3.4.1 Die tatsächliche Beschattungsdauer an jedem Immissionsort ist durch technische Maßnahmen auf maximal 8 Stunden pro Jahr und 30 Minuten pro Tag zu begrenzen.

3.5 Dokumentation

- 3.5.1 Die Betriebsparameter Windgeschwindigkeit in Nabenhöhe, Windrichtung, Leistung, Drehzahl und Betriebsmodus sind kontinuierlich als 10-Minuten-Mittelwerte aufzuzeichnen.
 - 3.5.2 Die tatsächliche Betriebsweise der Anlage ist jederzeit rückwirkend über wenigsten 12 Monate nachzuweisen.
 - 3.5.3 Die ermittelten Daten zur Sonnenscheindauer und Abschaltzeit sind von der Steuereinheit über mindestens ein Jahr zu dokumentieren.
 - 3.5.4 Entsprechende Protokolle sind der Genehmigungsbehörde nach Ablauf des ersten Betriebsjahres unaufgefordert und in der Folgezeit lediglich auf explizite Anforderung vorzulegen. Dabei sind sowohl die voreingestellten Parameter als auch der tatsächliche Zustand bzgl. „Datum, Uhrzeit, Darstellung des Betriebsmodus der Anlage“ zu dokumentieren.
- 3.6 Die Rotorblätter sind zur Vermeidung von Lichtblitzen mit mittel reflektierenden Farben (z. B. RAL 7035-HR) und matter Glanzgrade gemäß DIN 67530/ISO 2813-1978 zu versehen.

4. Arbeitsschutz

- 4.1 Dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig, Ludwig-Winter-Str. 2, 38120 Braunschweig sind zu jeder WEA die Identifikationsnummer des Turmes sowie die jeweils zugehörige Herstell-Nr. der Aufzugsanlage mitzuteilen.

5. Bodenschutz

- 5.1 In der Planungs- und Bauphase sowie beim Um- und Abbau von Anlagen ist eine bodenkundliche Baubegleitung durch einen qualifizierten Geologen / eine qualifizierte Geologin sicherzustellen.
- 5.2 Der Beginn der Bauarbeiten (hier bereits der das Vorhaben betreffende Wegebau) ist der Genehmigungsbehörde (UBB/UIB des Landkreises Gifhorn) 4 Wochen vorher unter Nennung des Namens des verantwortlichen Geologen / der verantwortlichen Geologin mitzuteilen.
- 5.3 Alle durchgeführten Maßnahmen zum Bodenschutz inkl. eines Nachweises über die ordnungsgerechte Entsorgung von Bodenmaterialien sind durch den begleitenden Geologen / die begleitende Geologin in einem Bericht zu dokumentieren und der UBB/UIB des Landkreises Gifhorn zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme vorzulegen.

6. Wasserwirtschaft

- 6.1 Technische Anlagenteile (Getriebe-, Hydraulik-, Kühleinheit, Transformator) sowie die Auffangwanne als Rückhalteeinrichtung, die wassergefährdende Stoffe enthalten, sind so zu errichten, zu nutzen, zu unterhalten und zu betreiben, dass eine nachteilige Veränderung der Eigenschaften von Grund- und Oberflächenwasser nicht zu besorgen ist.
- 6.2 Bei den Bauarbeiten ist zur Vermeidung von Verunreinigungen des Untergrundes größte Sorgfalt anzuwenden. Fahrzeuge, Baumaschinen und Geräte, die Kraftstoff- und Ölverluste aufweisen, dürfen bei der Baumaßnahme nicht eingesetzt werden.
- 6.3 Im Umgang mit Kraft- und Schmierstoffen ist insbesondere beim Betanken und bei der Wartung von Baumaschinen größte Sorgfalt anzuwenden.
- 6.4 Im Rahmen der Wartungsarbeiten an den Windenergieanlagen abtropfende Flüssigkeiten sind aufzufangen oder trocken aufzunehmen. Dazu sind vor Ort geeignete Mittel in ausreichender Menge vorzuhalten bzw. durch das Serviceteam mitzuführen.

7. Natur- und Landschaftsschutz, Landeswaldgesetz

- 7.1 Die Maßnahmen des Landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) sind umzusetzen, ggf. innerhalb der dort genannten Fristen bzw. ggf. im Rahmen der Umweltbaubegleitung und dauerhaft (bzw. für die Dauer des Windkraft-Anlagenbestands bzw. Anlagenbetriebs) in ihrer Funktion zu erhalten.

- 7.2 Die Vermeidungsmaßnahmen V/M 6 (Abschaltzeiten bei Bewirtschaftungsereignissen), V/M 8 (Anlage einer Dauerbrache mit Selbstbegrünung als Ablenkmaßnahme) A/E 3_{CEF} (Fläche für Reptilien) bzw. A/E 5 (Pflanzung Obstbäume), A/E 8_{CEF} (Anlage einer Brachfläche) sowie A/E 6 und A/E 7 (Pflanzung von Einzelbäumen) sind durch vertragliche Regelungen bzw. durch Grundbucheintrag zu sichern und entsprechende Belege sind der UNB des Landkreises Gifhorn vor Baubeginn (Fundamentaushub der ersten Windenergieanlage) vorzulegen.
- 7.3 Der Nachweis über die Aufforstung von 4.769 m² (Maßnahme A/E 4) ist ebenfalls vor Baubeginn (Fundamentaushub der ersten Windenergieanlage) gegenüber der UNB des Landkreises Gifhorn zu erbringen.
- 7.4 Die Umweltunterlagen (LBP-Text/LBP-Maßnahmenblätter/Bestands-, Konflikt-, und Maßnahmenplan, Maßnahmenübersichtsplan, Artenschutzbeitrag und -formulare) sind, soweit sich dies aus den nachfolgend genannten Nebenbestimmungen ergibt, zu überarbeiten und der UNB des Landkreises Gifhorn vor Baubeginn (Fundamentaushub der ersten Windenergieanlage) in elektronischer Form vorzulegen (PDF ohne Schreibschutz sowie Geodaten; letztere für alle flächenhaften Maßnahmen des LBP).
- Die im Maßnahmenübersichtsplan - Blatt 1 dargestellten Kompensationsmaßnahmen A/E 3_{CEF} (Fläche für Reptilien) bzw. A/E 5 (Pflanzung Obstbäume), V/M 8 (Anlage einer Dauerbrache mit Selbstbegrünung als Ablenkmaßnahme) und A/E 8_{CEF} (Anlage einer Brachfläche) sind vor Baubeginn (Fundamentaushub der ersten Windenergieanlage) auf Grundlage einer amtlichen Liegenschaftskarte mit Angabe von Gemeinde/Gemarkung/Flur/Flurstück darzustellen. Die im Bestands-Konflikt- und Maßnahmenplan dargestellten Maßnahmen A/E 6 und A/E 7 (Pflanzung von Einzelbäumen) ebenso.
- 7.5 Von den geplanten baulich in Anspruch zu nehmenden Flächen, auf denen Reptilienvorkommen nicht auszuschließen sind (insbes. südexponierte Waldränder in Kurvenbereichen der Zuwegung), sind vor der geplanten Vergrämung, geeignete Lebensräume im unmittelbaren räumlichen Zusammenhang zu entwickeln (CEF-Maßnahme) oder ggf. auf die gem. Maßnahmenblatt vorbereitete Fläche A/E 3_{CEF} umzusiedeln. Die Fläche A/E 3_{CEF} muss im Falle einer Umsiedlung ein Jahr vor der evtl. Umsiedlung hergerichtet sein. Im Falle einer Umsiedlung ist ein 3-jähriges, begleitendes Monitoring durchzuführen. Ein entsprechendes Reptilien-Schutzkonzept ist vor Baubeginn (Fundamentaushub der ersten Windenergieanlage) vorzulegen und mit der UNB des Landkreises Gifhorn abzustimmen.
- 7.6 Die Umsetzung aller landschaftspflegerischen Vermeidungs- und Kompensations- bzw. CEF-Maßnahmen sind mittels einer Umweltbaubegleitung durch eine fachlich qualifizierte Person zu gewährleisten und gegenüber der UNB des Landkreises Gifhorn zu dokumentieren.
- 7.7 Die Protokolle der fledermausfreundlichen Abschaltungen (V/M 9) bzw. der Abschaltungen zum Schutz des Milans im Zusammenhang mit den jeweiligen Bewirtschaftungsereignissen (V/M 6) sind auf Anforderung der UNB des Landkreises Gifhorn vorzulegen.
- 7.8 Bei unvermeidbarem Verlust von Schwarzspecht-Bäumen sind geeignete Habitat-Bäume vor Baubeginn (Fundamentaushub der ersten Windenergieanlage) im Umfeld dauerhaft zu sichern (CEF-Maßnahme). Ein entsprechendes Konzept mit Darstellung auf Grundlage einer amtlichen Liegenschaftskarte einschl. des Nachweises der dinglichen Sicherung ist vor Baubeginn (Fundamentaushub der ersten Windenergieanlage) gegenüber der UNB des Landkreises Gifhorn vorzulegen.
- 7.9 Ersatzzahlung
- Die Ersatzzahlung in Höhe von **116.435,86 €** ist mit Beginn der Hochbauarbeiten ohne Abzüge auf das Ersatzgeldkonto des Landkreises Gifhorn, mit dem Verwendungszweck „9100//554-01-07//3147001 Ersatzgeld“ einzuzahlen.

8. Luftverkehr

Auflagen:

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 42 Luftverkehr

8.1 Kennzeichnung

Die Windkraftanlagen sind mit einer Tages- und Nachtkennzeichnung gemäß der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen“ (AVV) vom 24.04.2020 (BAnz AT 30.04.2020) zu versehen und als Luftfahrthindernisse zu veröffentlichen.

8.1.1 Tageskennzeichnung

Die Rotorblätter der Windkraftanlagen sind weiß oder grau auszuführen; im äußeren Bereich sind sie durch drei Farbfelder von je 6 m Länge a) außen beginnend mit 6 Meter orange - 6 Meter weiß - 6 Meter orange oder b) außen beginnend mit 6 Meter rot - 6 Meter weiß oder grau - 6 Meter rot zu kennzeichnen. Hierfür sind die Farbtöne verkehrsweiß (RAL 9016), grauweiß (RAL 9002), lichtgrau (RAL 7035), achatgrau (RAL 7038), verkehrsorange (RAL 2009) oder verkehrsrot (RAL 3020) zu verwenden. Die Verwendung entsprechender Tagesleuchtfarben ist zulässig.

Aufgrund der beabsichtigten Höhe der Windkraftanlagen sind die Maschinenhäuser auf halber Höhe umlaufend rückwärtig mit einem mindestens zwei Meter hohen orange/roten Streifen zu versehen. Der Streifen darf durch grafische Elemente und/oder konstruktionsbedingt unterbrochen werden; grafische Elemente dürfen maximal ein Drittel der Fläche der jeweiligen Maschinenhausseite beanspruchen.

Der Mast ist mit einem drei Meter hohen Farbring in orange/rot, beginnend in 40 ± 5 Meter über Grund oder Wasser, zu versehen. Die Markierung kann aus technischen Gründen oder bedingt durch örtliche Besonderheiten versetzt angeordnet werden.

8.1.2 Nachtkennzeichnung

Die Nachtkennzeichnung der Windenergieanlagen erfolgt durch Feuer W, rot oder Feuer W, rot ES.

In diesen Fällen ist eine zusätzliche Hindernisbefeuerungsebene, bestehend aus Hindernisfeuer (ES), am Turm auf der halben Höhe zwischen Grund/Wasser und der Nachtkennzeichnung auf dem Maschinenhausdach erforderlich. Sofern aus technischen Gründen notwendig, kann bei der Anordnung der Befeuerungsebene um bis zu 5 Meter nach oben/unten abgewichen werden. Dabei müssen aus jeder Richtung mindestens zwei Hindernisfeuer sichtbar sein. Ist eine zusätzliche Infrarotkennzeichnung (AVV, Anhang 3) vorgesehen, ist diese auf dem Dach des Maschinenhauses anzubringen.

Es ist (z. B. durch Doppelung der Feuer) dafür zu sorgen, dass auch bei Stillstand des Rotors sowie bei mit einer Blinkfrequenz synchronen Drehzahl mindestens ein Feuer aus jeder Richtung sichtbar ist.

Der Einschaltvorgang erfolgt grundsätzlich über einen Dämmerungsschalter gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift, Nummer 3.9.

Sofern die Vorgaben des Anhangs 6 der AVV erfüllt werden, kann an dem geplanten Standort der Einsatz einer bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung (BNK) erfolgen.

Vor Inbetriebnahme einer BNK ist die geplante Installation der zuständigen Luftfahrtbehörde schriftlich oder elektronisch anzuzeigen.

Hierbei sind folgende Unterlagen vorzulegen:

- Nachweis der Baumusterprüfung gemäß Anhang 6 Nummer 2 AVV durch eine vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur benannte Stelle;
- Nachweis des Herstellers und/oder Anlagenbetreibers über die standortbezogene Erfüllung der Anforderungen auf Basis der Prüfkriterien nach Anhang 6, Nummer 2 AVV.

8.1.3 Installation

Das „Feuer W, rot“ bzw. Feuer W, rot ES sind so zu installieren, dass immer mindestens ein Feuer aus jeder Richtung sichtbar ist. Gegebenenfalls müssen die Feuer gedoppelt, jeweils versetzt auf dem Maschinenhausdach - nötigenfalls auf Aufständern - angebracht werden. Dabei ist zu beachten, dass die gedoppelten Feuer gleichzeitig (synchron blinkend) betrieben werden.

Das gleichzeitige Blinken ist erforderlich, damit die Feuer der Windkraftanlagen während der Blinkphase nicht durch einen Flügel des Rotors verdeckt werden.

Die Blinkfolge der Feuer auf Windenergieanlagen ist zu synchronisieren. Die Taktfolge ist auf 00.00.00 Sekunde gemäß UTC mit einer zulässigen Null-Punkt-Verschiebung von ± 50 ms zu starten.

Für die Ein- und Ausschaltvorgänge der Nachtkennzeichnung bzw. Umschaltung auf das Tagesfeuer sind Dämmerungsschalter, die bei einer Umfeldhelligkeit von **50 bis 150 Lux** schalten, einzusetzen.

8.1.4 Stromversorgung

Bei Ausfall der Spannungsquelle muss sich die Befeuerung automatisch auf ein Ersatzstromnetz umschalten.

Mehrere in einem bestimmten Areal errichtete Windenergieanlagen können als Windenergieanlagen-Blöcke zusammengefasst werden. Grundsätzlich bedürfen nur die Anlagen an der Peripherie des Blocks, nicht aber die innerhalb des Blocks befindlichen Anlagen einer Kennzeichnung. Übertagen einzelne Anlagen innerhalb eines Blocks signifikant die sie umgebenden Hindernisse so sind diese ebenfalls zu kennzeichnen.

Bei einer Gefahr für die Sicherheit des Luftverkehrs untersagt die zuständige Luftfahrtbehörde die Peripheriebefeuerung und ordnet die Befeuerung aller Anlagen an.

Bei Feuern mit sehr langer Lebensdauer des Leuchtmittels (z. B. LED) kann auf ein „redundantes Feuer“ mit automatischer Umschaltung verzichtet werden, wenn die Betriebsdauer erfasst und das Leuchtmittel bei Erreichen des Punktes mit 5 % Ausfallwahrscheinlichkeit getauscht wird.

Bei Ausfall des Feuers muss eine entsprechende Meldung an den Betreiber erfolgen.

Störungen der Feuer, die nicht sofort behoben werden können, sind der NOTAM-Zentrale in Frankfurt/Main unter der **Rufnummer 06103/707-5555** oder per **E-Mail** an **notam.office@dfs.de** unverzüglich bekannt zu geben. Der Ausfall der Kennzeichnung ist so schnell wie möglich zu beheben. Sobald die Störung behoben ist, ist die NOTAM-Zentrale unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen. Ist eine Behebung innerhalb von zwei Wochen nicht möglich, ist die NOTAM-Zentrale und die zuständige Genehmigungsbehörde, nach Ablauf der zwei Wochen erneut zu informieren.

Für den Fall einer Störung der primären elektrischen Spannungsversorgung muss ein Ersatzstromversorgungskonzept vorliegen, das für den Fall einer Störung der primären elektrischen Spannungsversorgung eine Versorgungsdauer von mindestens 16 Stunden gewährleistet. Der Betrieb der Feuer ist grundsätzlich bis zur Wiederherstellung der Spannungsversorgung sicherzustellen.

Die Zeitdauer der Unterbrechung zwischen Ausfall der Netzversorgung und Umschalten auf die Ersatzstromversorgung darf zwei Minuten nicht überschreiten. Diese Vorgabe gilt nicht für die Infrarotkennzeichnung.

8.1.5 Sonstiges

Eine Reduzierung der Nennlichtstärke beim Tagesfeuer, „Feuer W, rot“, Feuer W, rot ES ist nur bei Verwendung der vom Deutschen Wetterdienst (DWD) anerkannten meteorologischen Sichtweitenmessgeräten möglich. Installation und Betrieb haben nach den Bestimmungen des Anhangs 4 der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen zu erfolgen.

Sollten Kräne zum Einsatz kommen, sind diese ab 100 m ü. Grund mit einer Tageskennzeichnung und an der höchsten Stelle mit einer Nachtkennzeichnung (Hindernisleuchte) zu versehen.

Die in den Auflagen geforderten Kennzeichnungen sind nach Erreichen der jeweiligen Hindernishöhe zu aktivieren und mit Notstrom zu versorgen.

8.2 Veröffentlichung

Da die Windenergieanlagen aus **Sicherheitsgründen** als Luftfahrthindernisse veröffentlicht werden müssen, sind

- a) **mind. 6 Wochen vor Baubeginn** (Hochbauarbeiten) das Datum des Baubeginns und
- b) **spätestens 4 Wochen nach Errichtung** die endgültigen Vermessungsdaten zu übermitteln, um die Vergabe der ENR- Nummer und die endgültige Veröffentlichung in die Wege leiten zu können.

Die Meldung der Daten erfolgt an die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 42 Luftverkehr, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, unter Angabe des Aktenzeichens

5212/30316-3 (30/19)

und umfasst folgende Details:

- **DFS- Bearbeitungsnummer (Ni 3607-a)**
- **Name des Standorts**
- **Art des Luftfahrthindernisses**
- **Geographische Standortkoordinaten (Grad, Min. und Sek. mit Angabe des Bezugsellipsoids (Bessel, Krassowski oder WGS 84 mit einem GPS-Empfänger gemessen)**
- **Höhe der Bauwerksspitze (m über Grund)**
- **Höhe der Bauwerksspitze (m über NN, Höhensystem: DHHN 92)**
- **Art der Kennzeichnung (Beschreibung)**

Schließlich ist ein Ansprechpartner mit Anschrift und Telefonnummer der Stelle zu benennen, die einen Ausfall der Befehrsanlage meldet bzw. für die Instandsetzung zuständig ist.

9. Richtfunk

In unmittelbarer Nähe des geplanten Vorhabenstandortes Windpark Jembke Süd unterhalten sowohl die Arche NetVision GmbH als auch der IT-Verbund des Landkreises Gifhorn, voneinander unabhängige Richtfunkstrecken zwischen dem „Horchposten Barwedel“ (Funkturn) und dem Rathaus Sassenburg.

9.1 Es ist von Seiten der Vorhabenträgerin dafür Sorge zu tragen, dass es im Zuge von Errichtung und Betrieb der WEA des Windparks Jembke Süd, hier insbesondere der WEA 02, zu keiner Beeinträchtigung der durch die Arche NetVision GmbH sowie dem IT-Verbund des Landkreises Gifhorn betriebenen Richtfunkverbindungen kommt.

9.2 Die Umsetzung der unter Ziffer 9.1 definierten Auflage adressierender Nachweise oder alternativ die schriftliche Zustimmung o. g. Richtfunkbetreiber zu der Umsetzung des hier gegenständlichen Vorhabens, ist der Genehmigungsbehörde (UBB/UIB des Landkreises Gifhorn) spätestens zwei Wochen vor Beginn der den Windpark Jembke Süd betreffenden Hochbauarbeiten vorzulegen.

9.3 Mit den Hochbauarbeiten (Windpark Jembke Süd) darf erst nach Vorlage der unter Ziffer 9.2 bestimmten Nachweise sowie schriftlicher Zustimmung der zuständigen Genehmigungsbehörde (UBB/UIB des Landkreises Gifhorn) begonnen werden.

Hinweise:

1. Ortsplanung, Bauordnung und Brandschutz

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Baubeginn (Fundamentaushub der ersten Windenergieanlage) ohne eine vorgeschriebene Mitteilung i. S. v. § 52 Abs. 2 S. 3 NBauO an die Bauaufsichtsbehörde die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens gemäß § 80 Abs. 1 Nr. 6 NBauO nach sich ziehen kann.

2. Immissionsschutz

Es wird ausdrücklich auf die Möglichkeit einer nachträglichen Anordnung im Einzelfall gem. Nr. 5.1 der TA – Lärm i.V. mit § 17 BImSchG hingewiesen.

3. Bodenschutz

Die „GeoBerichte 28“ (Bodenschutz beim Bauen) des Nds. Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) sowie die mit Erlass des MU vom 26.08.2019 zur Anwendung empfohlenen LABO-Checklisten „Schutzgut Boden für Planungs- und Zulassungsverfahren“ sind als Erkenntnisquelle zu berücksichtigen.

Das Aufbringen von Bodenmaterialien auf landwirtschaftliche Flächen ist mit der Abfallbehörde des Landkreises Gifhorn und der Landwirtschaftskammer Niedersachsen vor Durchführung der Entsorgungsmaßnahme abzustimmen.

4. Wasserwirtschaft

Die Verwendung/der Einbau wassergefährdender Baustoffe, Böden, Recyclingmaterialien usw. ist in Wasserschutzgebieten auszuschließen. In Wasserschutzgebieten auszuschließen ist deshalb die Verwendung von Materialien größer Z 0 bzw. größer Z 0* (gemäß LAGA) sowie von Baustoffen, die keine entsprechende Zulassung – z.B. des Deutschen Instituts für Bautechnik - haben. In jeden Fall ist der Stoffeinsatz unzulässig, wenn dadurch Sickerwasserbelastungen über Geringfügigkeitsschwellenwerten entstehen.

5. Natur- und Landschaftsschutz, Landeswaldgesetz

Hinweis zur Umweltbaubegleitung

Die Umweltbaubegleitung umfasst:

- Beteiligung an der Erstellung der Bauausführungsunterlagen
- Anlaufbaubesprechung: Information/Sensibilisierung der örtlichen Bauleitung und der Bauleiter der Baufirmen
- Örtliche Kontrolle: bedarfsabhängig je nach örtlichem Baufortschritt, im Regelfall mindestens einmal wöchentlich
- Teilnahme an Baubesprechungen nach Bedarf
- Bautagebuch und fotografische Dokumentation
- Ansprechpartner für die Umweltbaubegleitung ist die untere Naturschutzbehörde des Landkreises Gifhorn.

5. Bodendenkmalpflege

Es ist nicht auszuschließen, dass bei Bodeneingriffen archäologische Denkmale auftreten, die dann unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde / der Kreis- und Stadtarchäologie (Herrn Dr. Eichfeld, Tel. 05371/3014; ingo.eichfeld@gifhorn.de) gemeldet werden müssen (§ 14 Abs. 1 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz - NDSchG). Möglicherweise auftretende Funde und Befunde sind zu sichern, die Fundstelle unverändert zu belassen und vor Schaden zu schützen (§ 14 Abs. 2 NDSchG).

6. Landwirtschaft

Die Inanspruchnahme von Wirtschaftswegen und Zuwegungen ist mit den Eigentümern und Unterhaltspflichtigen einvernehmlich zu regeln und es ist sicherzustellen, dass landwirtschaftlicher Verkehr, insbesondere auch während der Bauzeiten, uneingeschränkt die Wege passieren kann.

Sollten vorübergehend landwirtschaftliche Nutzflächen für Baustelleneinrichtungen usw. in Anspruch genommen werden, so ist dieses mit den Eigentümern/Bewirtschaftern einvernehmlich zu klären und weiterhin sind diese Flächen nach Abschluss der Maßnahme ordnungsgemäß wiederherzustellen – hier gelten die fachlichen Regeln zu einer Rekultivierung.

Es ist sicherzustellen, dass Be- und Entwässerungseinrichtungen, sofern betroffen, nicht beeinträchtigt werden und im Falle einer Beeinträchtigung ordnungs- und fachgemäß mit den Eigentümern/Bewirtschaftern wiederhergestellt werden – gleiches gilt für Wirtschaftswege.

7. LSW Netz GmbH & Co. KG

Die Lage etwaiger Versorgungsleitungen der LSW Netz GmbH & Co. KG sollte vor Baubeginn, unter Nutzung der Netzauskunft; <https://www.lsw-netz.de/service/planauskunft/> oder per E-Mail planauskunft@lsw.de; in Erfahrung gebracht werden, da davon auszugehen ist, dass diese; Versorgungsleitungen; von den Anschlussleitungen des Windparks Jembke Süd gekreuzt werden.

Sofern während der Herstellung der Anlagen, z. B. bei einem Schwertransport mit Überhöhen, die geforderten Mindestabstände zu den unter Spannung stehenden Leiterseilen unterschritten werden, so ist dieses rechtzeitig (mindestens 4 Wochen vor der beschriebenen Maßnahme) mit der LSW Netz GmbH & Co. KG abzustimmen.

Der Einsatz von Baumaschinen innerhalb des Leitungsschutzbereiches bedingt äußerste Vorsicht.

8. Allgemeine Hinweise

8.1 Genehmigungsbedürftige Anlagen sind gemäß § 5 Abs. 3 BImSchG so zu errichten und zu betreiben, dass auch nach einer Betriebseinstellung:

- a) von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können,
- b) vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden und
- c) die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Anlagengrundstückes gewährleistet wird.

Beabsichtigt der Betreiber, den Betrieb einer genehmigungsbedürftigen Anlage einzustellen, so hat er dies gemäß § 15 Abs. 3 BImSchG unter Angabe des Zeitpunktes der Einstellung der UBB/UIB des Landkreises Gifhorn unverzüglich anzuzeigen. Der Anzeige sind Unterlagen über die vom Betreiber vorgesehenen Maßnahmen zur Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 3 BImSchG ergebenden Pflichten beizufügen.

8.2 Gemäß § 15 Abs. 1 BImSchG besteht die Verpflichtung, die Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs der Anlage, sofern eine Genehmigung nicht beantragt wird, der UBB/UIB des Landkreises mindestens einen Monat, bevor mit der Änderung begonnen werden soll, schriftlich oder elektronisch anzuzeigen, wenn die Änderung Auswirkungen auf Menschen, Tiere, Pflanzen, dem Boden, das Wasser sowie Kultur- und sonstige Sachgüter haben kann.

8.3 Gemäß § 17 BImSchG können zur Erfüllung der sich aus diesem Gesetz und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ergebenden Pflichten nach Erteilung der Genehmigung weitere Anordnungen getroffen werden. Wird nach Erteilung der Genehmigung festgestellt, dass die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft nicht ausreichend vor schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen oder erheblichen Belästigungen geschützt ist, wird die UBB/UIB des Landkreises Gifhorn nachträgliche Anordnungen treffen.

8.4 Kommt der Betreiber einer Auflage, einer vollziehbaren nachträglichen Anordnung oder einer abschließend bestimmten Pflicht aus einer Rechtsverordnung nach § 7 BImSchG nicht nach und betreffen die Auflage, die Anordnung oder die Pflicht die Beschaffenheit oder den Betrieb der Anlage, so kann die UIB/UBB des Landkreises Gifhorn gemäß § 20

BImSchG den Betrieb der Anlage bis zur Erfüllung der Auflage, der Anordnung oder der Pflichten ganz oder teilweise untersagen.

- 8.5 Die UBB/UIB des Landkreises Gifhorn kann nach § 20 Abs. 3 BImSchG den weiteren Betrieb der genehmigungsbedürftigen Anlage durch den Betreiber oder einen mit der Leitung des Betriebes Beauftragten untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit dieser Personen in Bezug auf die Einhaltung von Rechtsvorschriften zum Schutze vor schädlichen Umwelteinwirkungen dartun und die Untersagung zum Wohl der Allgemeinheit geboten ist.
- 8.6 Falls die Anlage nicht in Übereinstimmung mit diesem Genehmigungsbescheid errichtet, geändert oder betrieben wird, finden die Bußgeldvorschriften des § 62 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG und Strafvorschriften der §§ 324 ff. Strafgesetzbuch⁴ in der zum Zeitpunkt des Verstoßes gültigen Fassung Anwendung.
- 8.7 Dieser Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet der behördlichen Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG von der Genehmigung nicht eingeschlossen werden.
- 8.8 Die Genehmigung erlischt auch, wenn die Anlage während eines Zeitraumes von mehr als 3 Jahren nicht mehr betrieben worden ist (§ 18 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG) und soweit das Genehmigungserfordernis aufgehoben wird (§ 18 Abs. 2 BImSchG).

III.

Begründung:

Mit Datum 30.09.2021 wurde die Genehmigung zu Errichtung und Betrieb von zwei Windenergieanlagen beantragt. Dem Antrag waren die erforderlichen Zeichnungen, Erklärungen und sonstigen Unterlagen beigelegt. Im Laufe des Genehmigungsverfahrens wurden ergänzende Unterlagen nachgefordert. Grund hierfür war die Anpassung an geänderte Anforderungen.

Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens, welches nach den Vorgaben des § 10 BImSchG und der 9. BImSchV als förmliches Verfahren mit Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt wurde, erfolgte auch die nach § 10 Abs. 1 i. V. m. § 6 UVPG vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung. Die im Rahmen dieser Prüfung erstellte Umweltverträglichkeitsuntersuchung diente neben den anderen in § 20 Abs. 1a der 9. BImSchV genannten Grundlagen der Erstellung einer zusammenfassenden Darstellung der zu erwartenden Auswirkungen des beantragten Vorhabens auf die in § 1a der 9. BImSchV genannten Schutzgüter, sowie damit zusammenhängender Maßnahmen. Als Ergebnis ist das Vorhaben als umweltverträglich einzustufen.

Der Antragsteller hatte den Antragsunterlagen verschiedene Gutachten beigelegt, die für die Genehmigungsbehörde plausibel und nachvollziehbar sind.

Im Genehmigungsverfahren wurden folgende Träger öffentlicher Belange beteiligt:

Samtgemeinde Boldecker Land

Gemeinde Barwedel

Gemeinde Jembke

Gemeinde Sassenburg

Gemeinde Bokensdorf

Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig

Niedersächsisches Forstamt Unterlüß

Niedersächsisches Forstamt Oerrel

Forstamt Südostheide

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Regionalverband Großraum Braunschweig

Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Wolfenbüttel

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Geschäftsbereich Hannover

⁴ Strafgesetzbuch (StGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S. 3322), in der z. Z. gültigen Fassung

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Bundesnetzagentur
Deutsche Telekom AG
LSW Energie GmbH & Co. KG
Avacon AG
DEA Deutsche Erdöl AG
Exxon Mobile Production Deutschland GmbH
Neptune Energy
Arche NetVision GmbH
IT-Verbund Gifhorn
Amt für regionale Landesentwicklung Braunschweig
Autobahn GmbH
Telefónica Germany GmbH & Co. OHG
Vodafone GmbH
Fachbereiche Bauwesen und Umwelt des Landkreises Gifhorn.

Die Gemeinde Jembke hat ihr Einvernehmen gemäß § 36 BauGB erteilt.
Dem Vorhaben stehen andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes nicht entgegen.

Die Bekanntmachung des Vorhabens erfolgte im Amtsblatt für den Landkreis Gifhorn, dem UVP-Portal des Landes Niedersachsen sowie ortsüblich durch die Samtgemeinde Boldecker Land und die Gemeinden Jembke und Sassenburg zum 30.09.2022. Dabei wurden auch Zeit und Ort der Auslegung des Antrags und der Antragsunterlagen sowie die Terminierung des einschlägigen Erörterungstermins bekannt gemacht. Der Antrag und die beigefügten Unterlagen, die die Angaben über die Auswirkungen der Anlagen auf die Nachbarschaft und die Allgemeinheit enthalten, wurden in der Zeit vom 04.10.2022 bis einschl. 11.11.2022 beim Landkreis Gifhorn, der Samtgemeinde Boldecker Land sowie den Gemeinden Jembke und Sassenburg jeweils zur Einsichtnahme ausgelegt. In dem gleichen Zeitraum konnten vorstehend erwähnte Unterlagen auch über das bereits erwähnte UVP-Portal abgerufen werden. Während der Einwendungsfrist (bis 12.12.2021) wurden keine Einwendung gegen das Vorhaben vorgetragen. Dementsprechend wurde kein Erörterungstermin durchgeführt.

Begründung Auflagen Natur- und Artenschutz

zu Auflage 7.4:

Die Darstellung in der topographischen Karte ist zu unbestimmt. Dies ergibt sich auch aus den Anforderungen der Niedersächsischen Verordnung über das Kompensationsverzeichnis (NdsKompVzVO v. 1.2.2013).

zu Auflage 7.5:

Die Maßnahme A/E 3_{CEF} dient der Sicherung der Population, genügt jedoch nicht den Anforderungen an eine CEF-Maßnahme gem. § 44 Abs.5 Nr.3 BNatSchG, da sie aufgrund ihrer Entfernung von über 100 m nicht im direkten räumlichen Zusammenhang mit den in Anspruch genommenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten steht.

zu Auflage 7.6:

Aus den Maßnahmenblättern des LBP geht dies nur teilweise und teilweise auch zu unbestimmt hervor. So heißt es beispielsweise zum Maßnahmenblatt A/E 3_{CEF} keine Umweltbaubegleitung vorgesehen, obwohl hier bereits im weiteren Sinne bauliche Maßnahmen vorgesehen sind. In anderen Maßnahmenblättern (z.B. A/E 5) wird nur von „Baubegleitung“ gesprochen. Dies ist zu unbestimmt.

zu Auflage 7.8:

Die Entwicklung von Schwarzspecht-Nistkästen befindet sich noch im Versuchsstadium mit ungewissem Ausgang. Belastbare Belege für die Wirksamkeit der (zum Beispiel Literaturzitat) werden in den Antragsunterlagen nicht vorgelegt.

zu Auflage 7.9:

Im LBP Kap. 6.7.4 heißt es: „Die Ersatzgeldzahlung beläuft sich auf etwa 50.430,21 €. Die genaue Höhe des Ersatzgeldes wird von der Genehmigungsbehörde festgesetzt.“ Aufgrund

mehrerer Kritikpunkte hat die UNB des Landkreises Gifhorn das Ersatzgeld auf der Grundlage der Flächenangaben des LBP in nachfolgend aufgeführter Tabelle neu und für die Vorhabenträgerin nachvollziehbar ermittelt. Die hierbei durch die UNB des Landkreises Gifhorn geänderten Eingabegrößen werden in der Tabelle in roter Schrift dargestellt bzw. erläutert. Folgende Eingabegrößen wurden geändert:

- Die Gesamtinvestitionskosten (brutto) werden im LBP (Tabelle 15) mit [REDACTED] € angegeben. Lt. Mitteilung von Frau [REDACTED] vom 2.3.23 betragen die Kosten für die beiden Anlagen [REDACTED] € (brutto). Es sind 30 % hiervon, nämlich [REDACTED] € als Investitionsnebenkosten hinzuzurechnen. Demnach betragen die voraussichtlichen Gesamtinvestitionskosten [REDACTED] €.
- Weiterhin wird der „Durchschnittswert unter Abzug von 0,1% für jede bestehende Anlage“ gem. NLT-Tabelle durch die UNB des Landkreises Gifhorn einbezogen. Lt. LBP werden z. B. vom Ausgangswert „7 %“ für 11 WEA jeweils 0,1 % abgezogen und so 5,9 % ermittelt. Dies entspricht aber nicht dem lt. NLT-Tabelle erforderlichen Durchschnittswert, welcher in diesem Beispiel 6,5 % beträgt.
- Die im LBP als „sehr gering“ bewerteten Bereiche der offenen Feldflur hat die UNB des Landkreises Gifhorn der Wertstufe „gering“ zugeordnet. Aufgrund der fruchtbaren Böden mit hohem natürlichen Ertragspotenzial (vgl. RROP „Beurteilung der Potenzialflächen; Gebietsblatt Barwedel GF 7), ist die intensive Ackernutzung als landschaftstypisch bedingt zu werten und rechtfertigt nach hiesiger Auffassung keinesfalls eine Zuordnung zur Wertstufe „sehr gering“. Daher wurde auch in anderen Windpark-Projekten im Landkreis Gifhorn oder im Landkreis Uelzen in großräumig intensiv genutzten und ackerbaugeprägten Feldfluren die Wertstufe „sehr gering“ in einer fünfstufigen Skala nicht vergeben. Zudem wird die Vorbelastung der Feldflur durch den vorhandenen Windpark durch prozentuale Abzüge in der Ersatzgeldberechnung berücksichtigt und rechtfertigt keine weitere Herabstufung des Landschaftsbildes.

Berechnung Ersatzzahlung – Tabelle

Berechnung – Ersatzgeld WEA (NLT, 5-stufig)

Jembke Süd	WP Jembke Süd; 2 WEA mit 199,5 m Gesamthöhe, die zu 11 Bestands-WEA (140 m hoch) hinzukommt.					
Anlagenzahl: 1. Größe der vom Vorhaben betroffenen Fläche (ha)	2 Gesamthöhe (m): 199,9					
	Bedeutung für das Landschaftsbild					
	sehr hoch	hoch	mittel	gering	gering	Summe
gesamter Wirkraum 15-fache Anlagenhöhe in ha (laut LBP)	228,11	217,86	1.868,40	1.562,40	1394,75	5.271,52
durch Vorbelastung mit 0 bewertet (0)						0,00
Sichtverstellte / sichtverschattete Fläche (0)	0,00	77,95	1839,30	0,00	307,25	2.224,50
verbleibende beeinträchtigte Fläche (ha)	228,11	139,91	29,10	1.562,40	1087,50	3.047,02
Anteil beeinträchtigte Fläche am gesamten Wirkraum	4,33%	2,65%	0,55%	29,64%	20,63%	57,80%
ursprüngliche Wertstufe "sehr gering" durch UNB in "gering" hochgestuft						

2. Ermittlung der Gesamtinvestitionskosten (brutto)	
Gesamtkosten (brutto)	[REDACTED]
lt. Mitteilung von Frau [REDACTED] beträgt der WEA-Preis brutto [REDACTED] €, davon 30 % sind [REDACTED] €, somit liegen die Gesamtinvestitionen bei [REDACTED] €	

3. Prozent von den Gesamtinvestitionskosten - Richtwert gem. NLT					
Ausgangswert	7,0%	6,50%	5,00%	2,5%	2,50%
	Bedeutung für das Landschaftsbild				
	sehr hoch	hoch	mittel	gering	gering
Durchschnittswert unter Abzug 0,1 % je WEA (ab WEA 2 bis WEA 11)	6,50%	5,50%	4,00%	2,00%	2,00%
4. Berechnung des Ersatzgeldes					
	Bedeutung für das Landschaftsbild				
	sehr hoch	hoch	mittel	gering	gering
prozentuale Kosten (%) *	346.357,98	212.436,74	44.184,90	2.372.319,12	1.651.239,79
Ersatzgeld (€) **	22.513,27	11.684,02	1.767,40	47.446,38	33.024,80
Summe Ersatzgeld (€)***	116.435,86				
* Prozentuale Kosten (Gesamtinvestitionskosten nach Nr. 2 x Anteil am Wirkraum nach Nr. 1)					
** Ersatzgeld (Prozentuale Kosten aus Nr. 4 x Durchschnittswert nach Nr. 3)					
*** teilweise geringfügige Auf-/ Abrundungen durch Excel möglich, ggf. beachten					

Ermittlung Durchschnittswert						
Anzahl WEA	[%]	[%]	[%]	[%]	[%]	Abzug [%]
1	7	6	4,5	2,5	1	0
2	6,9	5,9	4,4	2,4	0,9	0,1
3	6,8	5,8	4,3	2,3	0,8	0,1
4	6,7	5,7	4,2	2,2	0,7	0,1
5	6,6	5,6	4,1	2,1	0,6	0,1
6	6,5	5,5	4	2	0,5	0,1
7	6,4	5,4	3,9	1,9	0,4	0,1
8	6,3	5,3	3,8	1,8	0,3	0,1
9	6,2	5,2	3,7	1,7	0,2	0,1
10	6,1	5,1	3,6	1,6	0,1	0,1
11	6	5	3,5	1,5	0	0,1
12	6	5	3,5	1,5	0	0
Durchschnittswerte durch UNB Landkreis Gifhorn neu ermittelt. Lt. LBP wurden bspw. vom Ausgangswert "7 %" für 11 WEA jeweils 0,1 % abgezogen und so 5,9 % ermittelt. Dies entspricht aber nicht dem Durchschnittswert, welcher ca. 6,5 % beträgt.						
Durchschnittswert	6,5	5,5	4,0	2,0	0,5	Summe max. Abzug 1

Ab der 12. WEA und den folgenden ist kein weiterer Abzug möglich. (NLT 2018)

Zusammenfassende Darstellung und Bewertung der Umwelteinwirkungen nach § 20 Abs. 1 der 9. BImSchV

Einleitung

Nach § 20 Abs. 1a der 9. BImSchV hat die Genehmigungsbehörde eine zusammenfassende Darstellung zu erstellen. Diese beinhaltet neben den festgestellten, möglichen Einwirkungen des Vorhabens auch eventuelle Maßnahmen, mit denen erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die in § 1a der 9. BImSchV genannten Schutzgüter vermieden, vermindert oder ausgeglichen werden sollen, einschließlich ggf. Ersatzmaßnahmen bei nicht ausgleichbaren Eingriffen in Natur und Landschaft.

Nach § 20 Abs. 1b der 9. BImSchV hat auf der Grundlage der zusammenfassenden Darstellung eine Bewertung der Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf die in § 1 a genannten Schutzgüter zu erfolgen, in der die maßgeblichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften einfließen.

Auf Grundlage der im Genehmigungsverfahren vorgelegten Antragsunterlagen (Pläne, Beschreibungen, gutachterliche Stellungnahmen zu Schall- und Schattenwurf, Umweltverträglichkeitsstudie mit integriertem landschaftspflegerischem Begleitplan), der behördlichen Stellungnahmen lassen sich die Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter wie folgt zusammenfassen und bewerten:

Beschreibung des Vorhabens

Geplant ist die Errichtung von zwei Windenergieanlagen des Typs Nordex N 149 mit einer Nabenhöhe von 125,4 m und einem Rotordurchmesser von 149,1 m und somit einer Gesamthöhe von 199,9 m.

Bezüglich der Anlagenkonzeption und – betriebsweise wird auf die ausführlichen Antragsunterlagen verwiesen. Die geplante Anlage liegt im Vorranggebiet für Windenergienutzung GF Boldecker Land Barwedel GF7 Erweiterung, welches sich wiederum im südöstlichen Teil des Landkreises Gifhorn auf dem Gebiet der Samtgemeinde Boldecker Land, westlich der Ortschaft Barwedel, nordwestlich der Ortschaft Jembke und nordöstlich der Ortschaft Bokensdorf befindet, und entspricht somit den Zielen der Raumordnung.

Der Standort der geplanten Windenergieanlagen ist so gewählt, dass durch die Abstände zu den nächstgelegenen Siedlungen potentielle Beeinträchtigungen durch Schall möglichst geringgehalten werden. Dasselbe gilt für mögliche Beeinträchtigungen durch Schattenwurf. Im RROP wird die Windhöffigkeit im Projektgebiet mit 6,91 bis 7,27 m/s in 150 m Höhe über Grund angegeben und belegt somit die Eignung der Fläche für eine Nutzung der Windkraft.

Die verkehrliche Erschließung erfolgt unter Nutzung der Kreisstraße K 28. Als Zuwegung zum Windpark Jembke Süd dienen vornehmlich Bestandswege, welche teilweise ertüchtigt werden sowie neu anzulegende Stichwege.

Das Stromnetz innerhalb des Windparks wird durch Erdkabel realisiert, deren Verlegung minimalinvasiv erfolgt. Die externe Kabeltrasse wird in einem gesonderten Genehmigungsverfahren beantragt und ist noch nicht final geklärt.

Relevante Wirkfaktoren

Als Wirkfaktoren auf die Schutzgüter nach § 1a der 9. BImSchV kommen:

baubedingt

- der temporäre Lebensraumverlust durch Vegetationsbeseitigung und temporäre Versiegelung,
- die Bodenbeeinträchtigung durch Bodenumlagerung und -durchmischung sowie
- Beeinträchtigungen durch Geräusch- und Stoffemissionen, Erschütterungen,

anlagebedingt

- der dauerhafte Lebensraumverlust durch Vegetationsbeseitigung und dauerhafte Voll- bzw. Teilversiegelung,
- Visuelle Störungen durch Überformung mit technischen Elementen und durch Hinderniskennzeichnung,

- Lebensraumverlust bzw. -beeinträchtigung von Tierarten durch Barrierewirkung und Zerschneidung sowie
- Individuenverlust durch Kollision,

betriebsbedingt

- Beeinträchtigungen durch Geräusch- und Stoffemissionen,
- Akustische Störungen durch Schall,
- Visuelle Störungen durch Schattenschlag,
- Individuenverlust durch Kollision,
- Lebensraumverlust bzw. -beeinträchtigung von Tierarten durch Barrierewirkung und Zerschneidung sowie
- positive Umweltauswirkungen durch die Einsparung von Kohlenstoffdioxid bzw. weiterer Treibhausgase bei der Stromproduktion und

im Falle schwerer Unfälle und Katastrophen

- die Freisetzung umweltgefährdender Stoffe,
- die Gefahr eines Großbrandes,
- der Abwurf von Eisansatz,
- die Kollision mit Fluggeräten sowie
- das Ablösen des Rotors oder der Bruch des Mastfußes

in Betracht.

Auswirkungen auf die Schutzgüter

Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit

Das Untersuchungsgebiet erstreckt sich auf einen Umkreis von ca. 1 km um das geplante Vorhaben. Den Schwerpunkt der Bestandsbetrachtung bildet hierbei die Wohn- und Siedlungsstruktur als zentraler Bestandteil des menschlichen Lebens.

Im vorliegenden Fall stellt sich das Gebiet der Samtgemeinde Boldecker Land als ein von intensiver landwirtschaftlicher Nutzung geprägter Raum dar. Die circa 11.000 Einwohner der Samtgemeinde verteilen sich auf sechs Gemeinden. Wohnbebauung im Außenbereich ist, wenn überhaupt, nur vereinzelt zu finden.

Innerhalb der Vorhabenfläche befinden sich keine Siedlungsbereiche. Zu den umliegenden Siedlungen wird ein Abstand von in etwa 1.300 m gehalten.

Das originäre Vorhabengebiet ist abwechslungsreich strukturiert. Teilbereiche des betrachteten Planungsgebietes dienen laut RROP 2008 vornehmlich der Erholung.

Als relevante Vorbelastungen sind u. a. der elf WEA umfassende Bestandwindpark sowie die landesplanerisch festgestellte Trasse der geplanten A 39 Wolfsburg-Lüneburg, welche das Vorranggebiet in Nord-Süd-Richtung kreuzt, beachtlich.

Baubedingte Auswirkungen

- durch Emissionen (Baulärm, visuelle Unruhe) ausgelöste Störungen sowie
- (Teil-) Verlust der Erholungsfunktion bis jeweils ca. 500 m

Anlagebedingte Auswirkungen

- ein durch die Sichtbarkeit der WEA ausgelöster optischer Bedrängungseffekt sowie
- veränderte Sehgewohnheiten im Bereich von jeweils von 500 m bis 10 km

Betriebsbedingte Auswirkungen

- durch Immissionen (Schall, Schatten) ausgelöste Störungen sowie
- gesundheitliche Beeinträchtigungen im Bereich der projektspezifischen Schall- und Schattenausbreitung
- ein durch die Rotorblattbewegung ausgelöster optischer Bedrängungseffekt bis zu 500 m
- eine durch Unfälle und Katastrophen (Blitzschläge, Sturm etc.) ausgelöste, punktuelle Verletzungsgefahr (herabfallende Teile – Bruch und Brand) sowie
- gesundheitliche Beeinträchtigungen durch den Austritt von Betriebsstoffen

Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Innerhalb der jeweils einschlägigen Untersuchungsräume, deren individuelle Umfänge den Antragsunterlagen entnommen werden können, stellen sich die Bestandsverhältnisse wie nachfolgend beschrieben dar.

Den 500 m-Radius betreffend konnten 60 Brutvogelarten detektiert werden. Des Weiteren wurden 15 als besonders kollisionsgefährdet geltende Arten in einem die Potenzialfläche umfassenden 2000 m-Radius nachgewiesen. Die Gruppe der Gastvögel; ebenfalls 2000 m-Radius; setzt sich vorwiegend aus Wasservögeln, Kranichen, Limikolen, Greifvögeln und Singvögeln zusammen.

Im Hinblick auf die Chiropterenfauna, welche mittels Mini-Batcorder kartographiert worden ist, konnten in 2014 neun und im Zuge der Dauererfassung 2021 elf Arten ermittelt werden, von denen jeweils sieben als schlaggefährdet gelten.

Entlang eines Kiefernwaldes nordöstlich von Bokensdorf und westlich von Barwedel erfolgte die Detektion der Reptilienarten: Ringelnatter und Zauneidechse.

Innerhalb des Vorhabengebietes befinden sich keine gesetzlich geschützten Biotope. Kiefernforste und Sandäcker dominieren den Untersuchungsraum.

Baubedingte Auswirkungen

- punktueller, durch Flächenumwandlung (Versiegelung, Gehölz- und Erdarbeiten) ausgelöster Verlust von Gehölzen sowie
- der Verlust von Nist- bzw. Quartierhöhlen
- durch Emissionen (Baulärm, visuelle Unruhe) ausgelöste Störung und Vertreibung bis ca. 500 m

Anlagebedingte Auswirkungen

- punktueller, durch Flächenumwandlung (Versiegelung) ausgelöster (Teil-) Verlust von Nahrungs-, Bruthabitaten und Biotopenverbund
- eine von der Sichtbarkeit der WEA ausgelöste Meidung (ggf. Habitation) im Bereich von 500 m bis 10 km

Betriebsbedingte Auswirkungen

- eine durch Immissionen (Schall, Schatten) ausgelöste Meidung (ggf. Habitation) im Bereich der projektspezifischen Schall- und Schattenausbreitung
- eine durch die Rotorblattbewegung ausgelöste Meidung (ggf. Habitation) sowie
- Kollision bis zu jeweils 500 m
- ein durch Unfälle und Katastrophen (Blitzschläge, Sturm etc.) ausgelöster, punktueller (Teil-) Verlust von Vegetation im Brandfall (insbesondere bei Errichtung im Wald)

Schutzgut Fläche/Boden

Die Bestandsdarstellung des Schutzgutes Fläche beschränkt sich im Wesentlichen auf das eigentliche Windparkgebiet, da zu erwartende Beeinträchtigungen nur punktuell im Bereich des Eingriffs zu erwarten sind.

Die Flächen, auf welchen der Windpark Jembke Süderichtet werden soll, werden großflächig und intensiv zumeist ackerbaulich genutzt. Dementsprechend ist die natürliche Bodenfruchtbarkeit im Vorhabengebiet als gering bis maximal durchschnittlich einzustufen.

Die bedingt durch den Bestandwindpark vorhandene Infrastruktur; Zuwegung; kann einer erneuten Nutzung zugeführt werden. Somit wird der Umfang des notwendigen Eingriffs reduziert, ein Umstand, welcher zur Schonung der einschlägigen Schutzgüter beiträgt.

Vorbelastungen des hier betrachteten Schutzgutes ergeben sich aus der landwirtschaftlichen Nutzung.

Baubedingte Auswirkungen

- punktueller, durch Flächenumwandlung (Versiegelung, Gehölz- und Erdarbeiten) ausgelöster Verlust land- bzw. forstwirtschaftlicher Flächen sowie
- der (Teil-) Verlust von Speicher-, Filter- und Lebensraumfunktionen des Bodens

Anlagebedingte Auswirkungen

- punktueller, durch Flächenumwandlung (Versiegelung) ausgelöster (Teil-) Verlust land- bzw. forstwirtschaftlicher Flächen sowie
- der (Teil-) Verlust von Speicher-, Filter- und Lebensraumfunktionen des Bodens

Betriebsbedingte Auswirkungen

- eine durch Unfälle und Katastrophen (Blitzschläge, Sturm etc.) ausgelöste, punktuelle Beeinträchtigung durch austretende Betriebsstoffe

Schutzgut Wasser

Beim Schutzgut Wasser kann zwischen Grundwasser und Oberflächenwasser als Gesamtheit der Still- und Fließgewässer unterschieden werden.

Im Plangebiet selbst sowie im weiteren Betrachtungsraum befinden sich keine größeren Still- oder Fließgewässer wie Seen oder Flüsse.

Das geplante Gebiet befindet sich in dem Trinkwassergewinnungsgebiet Brackstedt/Weyhausen sowie in direkter Nachbarschaft zu dem Trinkwasserschutzgebiet Westerbeck, Schutzzone IIIB.

Vorbelastungen des hier betrachteten Schutzgutes ergeben sich aus der landwirtschaftlichen Nutzung sowie der Abwasserverrieselung.

Baubedingte Auswirkungen

- punktueller, durch Flächenumwandlung (Versiegelung, Gehölz- und Erdarbeiten) ausgelöster Eingriff in das Grundwasser (Fundamentbau) sowie
- der (Teil-) Verlust von Gewässerfunktionen durch Verrohrung und
- der (Teil-) Verlust der Versickerungsfunktion

Anlagebedingte Auswirkungen

- punktueller, durch Flächenumwandlung (Versiegelung) ausgelöstes/r Verändertes Abflussverhalten sowie
- der (Teil-) Verlust von Gewässerfunktionen durch Verrohrung und
- der (Teil-) Verlust der Versickerungsfunktion

Betriebsbedingte Auswirkungen

- eine durch Unfälle und Katastrophen (Blitzschläge, Sturm etc.) ausgelöste, punktuelle Beeinträchtigung durch austretende Betriebsstoffe

Schutzgut Klima/Luft

Der Untersuchungsraum liegt in der klimaökologischen Region Geest- und Bördebereich, welche am Standort maritim und durch vorherrschende Westwinde geprägt ist. Die Durchschnittstemperatur liegt bei ca. 8-9 °C und im Jahresmittel schwanken die Niederschlagsmengen zwischen 600 und 700 mm.

Eine die Lufthygiene beeinträchtigende Vorbelastung bildet insbesondere die verkehrliche Infrastruktur.

Baubedingte Auswirkungen

- punktuelle, durch Flächenumwandlung (Versiegelung, Gehölz- und Erdarbeiten) ausgelöste erhöhte Verdunstung und Erwärmung auf versiegelten Flächen

Anlagebedingte Auswirkungen

- punktuelle, durch Flächenumwandlung (Versiegelung) ausgelöste erhöhte Verdunstung und Erwärmung auf versiegelten Flächen

Betriebsbedingte Auswirkungen

- eine durch Unfälle und Katastrophen (Blitzschläge, Sturm etc.) ausgelöste, punktuelle Beeinträchtigung durch austretende klimaschädliche Gase (z. B. CO₂ bei Brand)

Schutzgut Landschaft

Das beplante Vorranggebiet befindet sich im Landschaftsraum „Ostheide“ und ist somit Teil der naturräumlichen Haupteinheit „Lüneburger Heide“.

Der Landschaftsraum „Ostheide“ weist ein schwach welliges Relief auf und stellt sich als eine gehölz- bzw. waldreiche, ackergeprägte Kulturlandschaft dar.

Der vorhabenspezifische Untersuchungsraum umfasst landwirtschaftlich genutzte Offenlandbereiche, Laub- und Nadelwälder, Siedlungsgebiete sowie Vogel- und Derenmoor.

Vorbelastungen der Landschaft im Sinne technischer Überprägung ergeben sich aus dem Bestandwindpark, diversen Mobilfunktürmen, Beregnungsanlagen, Freileitungen und Verkehrswegen, zu welchen zukünftig auch die Trasse der Bundesautobahn A39 gehören wird.

Baubedingte Auswirkungen

- punktuelle, durch Flächenumwandlung (Versiegelung, Gehölz- und Erdarbeiten) ausgelöste Veränderung des gewohnten Landschaftsbilds (Bauaktivitäten)
- durch Emissionen (Baulärm, visuelle Unruhe) ausgelöste Veränderung bzw. Überprägung typischer Landschaftselemente (Geräusche, Bewegungen) bis ca. 500 m

Anlagebedingte Auswirkungen

- von der Sichtbarkeit der WEA ausgelöste veränderte Sichtbeziehungen bzw. Proportionen in der Landschaft sowie
- technische Überprägung im Bereich von 500 m bis 10 km

Betriebsbedingte Auswirkungen

- eine durch Immissionen (Schall, Schatten) ausgelöste Veränderung bzw. Überprägung typischer Landschaftsgeräusche und -bewegungen im Bereich der projektspezifischen Schall- und Schattenausbreitung
- eine durch die Rotorblattbewegung ausgelöste Überprägung gewohnter Landschaftselemente sowie
- visuelle Unruhe bis zu 500 m

Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Innerhalb des Plangebietes; 1.000 m-Radius um die WEA des Windparks Jembke Süd; sind keine Bau- oder Bodendenkmale bekannt.

Der direkte Vorhabenbereich unterliegt ausschließlich der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung.

Baubedingte Auswirkungen

- punktuelle, durch Flächenumwandlung (Versiegelung, Gehölz- und Erdarbeiten) ausgelöste Beeinträchtigung bzw. Zerstörung von Bodendenkmalen

Anlagebedingte Auswirkungen

- von der Sichtbarkeit der WEA ausgelöste Veränderung der Sichtbezüge von bzw. zu Baudenkmalen im Bereich von 500 m bis 10 km

Betriebsbedingte Auswirkungen

- ein durch Unfälle und Katastrophen (Blitzschläge, Sturm etc.) ausgelöster, punktueller (Teil-) Verlust forst- bzw. landwirtschaftlicher Erträge (Brand)

Wechselwirkungen

Wechselwirkungen sind die zwischen den verschiedenen Schutzgütern auftretenden ökosystemaren Wirkzusammenhänge und Abhängigkeiten und umfassen die Stoff- und Energieflüsse zwischen den Bestandteilen des Gesamtsystems. Kultur- und Sachgüter sind dabei ausgenommen, da diese nicht in ökosystemare Zusammenhänge eingebunden sind.

Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern, welche negative Umweltauswirkungen nach sich ziehen würden, sind nicht erkennbar.

Beschreibung etwaiger Vermeidungs-, Verminderungs-, Ausgleichs- sowie Ersatzmaßnahmen

Die spezifischen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen werden anhand der Projektphasen Planung, Bau und Betrieb kategorisiert.

Im Einzelnen stellen sich die unterschiedlichen Maßnahmen und ihre jeweiligen Auswirkungen wie folgt dar:

Planungsphase

- der Ausschluss konfliktträchtiger Standorte (Schutzgebiete, floristisch/ faunistisch hochwertige Bereiche) durch eine raumordnerische und konkrete Standortwahl
- die Vermeidung von Lichtspiegelungen und Diskoeffekt durch den Gestaltwert der Windenergieanlagen
- der Schutz der Bodenfunktionen sowie die Vermeidung von Verdichtung und Vegetationseingriffen durch eine Oberflächengestaltung mit geringem Versiegelungsgrad
- die zeitliche Bündelung bzw. Verringerung von Emissionen (Lärm, Licht, Bewegung) durch die Optimierung der Bauabläufe (kurze Bauphase)

Bauphase

- der Schutz der Bodenfunktionen sowie die Vermeidung schädlicher Bodenveränderungen (u. a. Verdichtung) durch eine bodenkundliche Baubegleitung sowie Dokumentation
- Reptilienschutz mittels Installation eines Schutzzaunes, entsprechender Bauzeitregelungen und Vergrämungsmaßnahmen
- der Schutz von Vegetationsbeständen (u. a. Gehölzschutz) durch geeignete Schutzzaune
- Schutz der Avi- und Chiropterenfauna durch Bauzeitregelungen
- die Wiederherstellung der Bodenfunktionen sowie eine Verringerung des Flächenverbrauches durch den Rückbau von Lager- und Montageflächen sowie Kurven- und Wenderadien nach Abschluss der Bauarbeiten
- Reduzierung der Staubentwicklung
- die Vermeidung von Anlockeffekten durch eine für Greifvögel unattraktive Gestaltung der jeweiligen Mastfußumgebung
- Vermeidung und Minderung der Beeinträchtigung von Flor und Faune im Rahmen einer Ökologischen Baubegleitung

Betriebsphase

- die Vermeidung von Kollisionen durch eine Betriebszeitanpassung für kollisionsgefährdete Fledermausarten
- die Vermeidung von Kollisionen durch eine Betriebszeitanpassung für kollisionsgefährdete Greifvögel
- eine Vermeidung betriebsbedingter Tötungen durch die Pflege der Mastfußbereiche außerhalb der Brutzeit von Greifvögeln
- eine Verringerung der Nahrungsflüge von Greifvögeln im Bereich der Vorhabenfläche durch Ablenkflächen für Greifvögel
- Abschaltzeiten bei Bewirtschaftungsereignissen
- eine Minimierung unfall- und katastrophenbedingter Auswirkungen sowie das Einhalten von Immissionsrichtwerten durch entsprechende Anlagentechnik und -überwachung
- Reduzierung der nächtlichen Beleuchtung/Befeuern auf ein Mindestmaß (BNK)
- Synchronisation der Laufrichtung der Rotorblätter

Für das Vorhaben Windpark Jembke Süd stellen sich die verschiedenen Kompensationsmaßnahmen, mittels welcher die entstandenen Beeinträchtigungen ausgeglichen werden sollen, wie folgt dar:

Ausbringen von Fledermauskästen

- Vermeidung von Fledermausquartierverlusten

Ausbringen von Nistkästen

- Vermeidung des Verlusts von Brutplätzen

Aufwertung des Zauneidechsenlebensraums

- Entwicklung einer naturnahen Sukzessions- bzw. Brachfläche in Verbindung mit der Anpflanzung von Obstbäumen

Aufforstung

- Entwicklung eines naturnahen Buchenwaldbestandes

Anpflanzung von Obstbäumen, Rekultivierung und externe Neupflanzung von Einzelbäumen

- Entwicklung landschaftsprägender Gehölzstrukturen mit Immissionsschutz-, Landschaftsbild-, Biotop-, Leit- und Pufferfunktionen sowie Lebensraumfunktion

Anlage einer Brachfläche

- Verbesserung des Biotopwertes
- Herstellung neuer Lebensräume für Tiere und Pflanzen

Aufgabe der forstwirtschaftlichen Nutzung

- Schaffung von Naturwaldflächen, welche eine ungestörte Bodenentwicklung ermöglichen

Zusammenfassende Bewertung

Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit

Bewertung baubedingter Auswirkungen

Die durch den Lärm und die visuelle Unruhe der Bauphase ausgelösten Störungen sowie der hieraus resultierende Verlust der Erholungsfunktion stellen sich als sowohl zeitlich (nur während der Bauphase) wie auch örtlich (500 m Radius) begrenzt dar. Des Weiteren wurde im Rahmen der Standortauswahl dafür Sorge getragen, dass die WEA des Windparks einen Abstand von ca. 1.300 m zu den nächstgelegenen Ortschaften halten. Dementsprechend können an diesem Punkt erhebliche negative Auswirkungen auf das Schutzgut ausgeschlossen werden.

Bewertung anlagebedingter Auswirkungen

Auswirkungen auf das Landschaftsbild und dessen Wahrnehmung durch den Menschen sind vor allem anlagebedingt durch die Inanspruchnahme von Flächen sowie infolge der gravierenden Veränderungen von Landschaftsräumen mit hohem Wiedererkennungswert zu verzeichnen. Darüber hinaus wird insgesamt die scheinbare Natürlichkeit eines Landschaftsbilds durch das Erscheinungsbild der Windenergieanlagen als "technisches Bauwerk" in seinem Erlebniswert beeinträchtigt. Vorgenannte Einschränkungen sind in ihrer Gänze weder vermeidbar noch vermindert. Eine Kompensation erfolgt mittels der vorgesehenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie dem Ersatzgeld.

Bewertung betriebsbedingter Auswirkungen

Schall und Schatten:

Die betriebsbedingten Auswirkungen des Windparks Jembke Süd lassen sich im Wesentlichen auf den emittierten Schall sowie den Schattenwurf und das Unfallrisiko reduzieren. Die von der Vorhabenträgerin beigebrachten, den Schall und Schattenwurf betreffenden Fachgutachten wurden von der UIB geprüft und für plausibel befunden.

Neben der bereits genehmigten Anlage des Windparks Jembke Nord wurden im vorliegenden Fall auch die bereits im Vorranggebiet „Boldecker Land Barwedel GF 7 Erweiterung“ befindlichen 11 WEA als Vorbelastung berücksichtigt. Somit wurden alle bestehenden und derzeit geplanten WEA berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund eines genehmigungskonformen Anlagebetriebs; hierzu zählen insbesondere die Begrenzung der maximalen Beschattungsdauer sowie ein nachweis- und zustimmungspflichtiger Nachtbetrieb in einem schallreduzierten Modus; sind erhebliche negative Auswirkungen für das Schutzgut Mensch nicht zu besorgen.

Unfallrisiko:

Von den bei der Errichtung und beim Betrieb der Anlage verwendeten Stoffen und Technologien geht kein besonderes Gefahrenpotenzial aus.

Jedoch sind Windenergieanlagen, bedingt durch ihren Standort im Freien besonderen Gefahren ausgesetzt. Durch Sturm, Blitzschlag und Feuer, aber auch durch die Beanspruchung des Materials kann es zu Schäden kommen. Des Weiteren ist nicht völlig auszuschließen, dass die Anlagen vereisen.

Unmittelbare Gefahren ergeben sich für den Menschen immer dann, wenn Teile, hier insbesondere vor dem Hintergrund von Rotorbruch, Gesamtbruch, Gondelbruch, Brand sowie Eiswurf, herunterfallen können.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit einer solchen Anlagenhavarie stellt sich jedoch erfahrungsgemäß als äußerst gering dar. Durch die fortlaufende statische Prüfung der geplanten Windenergieanlagen (im Zuge des Genehmigungsprozesses sowie der turnusmäßigen Überwachung im Betrieb) kann ein erhöhtes Unfallrisiko ausgeschlossen werden.

Um der Gefahr des Eisabwurfes zu begegnen, werden die geplanten WEA mit Eisdetektoren ausgestattet. Bei Eisansatzerkennung (Betriebsparameterabgleich, Unwuchten) werden so die Rotoren entsprechend abgebremst und zum Stillstand gebracht. Auf die verbleibende Gefährdung bei Rotorstillstand und Trudelbetrieb wird mittels einer Hinweisbeschilderung aufmerksam gemacht.

Für eine deutliche Reduzierung des Brandrisikos sorgen die Maßnahmen hinsichtlich der automatischen Branderkennung, -meldung und -löschung. Entsprechend der einschlägigen Antragsunterlagen, welche einen integralen Teil dieses Genehmigungsbescheides darstellen, werden die geplanten Windenergieanlagen des Windparks Jembke Süd jeweils mit einer automatisierten Löschanlage ausgestattet. Besagtes System erkennt eine Rauch- oder Brandentwicklung mittels des Einsatzes autarker Rauchmelder frühzeitig. Im Falle einer Branddetektion wird der Löschbereich nachfolgend mit einem dedizierten Löschmittel geflutet und der Entstehungsbrand somit verhindert. Ein Vollbrand der Gondel, einem Anlagenbereich, welcher aufgrund seiner Bauhöhe für die Feuerwehren kaum oder gar nicht zu erreichen ist, kann demnach nahezu ausgeschlossen werden. In Konsequenz dessen sind auch von einem internen Anlagenbrand induzierte Flächenbrände in der Umgebung der Windenergieanlagen nicht zu erwarten.

Zur Verhinderung einer Kollision mit Fluggeräten werden die Windenergieanlagen als Luftfahrthindernisse mit einer Tages- und Nachtkennzeichnung entsprechend der geltenden Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen versehen.

In Konsequenz vorstehender Ausführungen lässt sich festhalten, dass erhebliche Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch bzw. dessen Gesundheit durch mit dem Vorhaben Windpark Jembke Süd in Zusammenhang stehende Unfälle und Katastrophen, unter Beachtung der einschlägigen Nebenbestimmungen, ausgeschlossen werden können.

Erheblichkeit nachteiliger Auswirkungen für das Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit

Für das betrachtete Schutzgut ergeben sich bau-, anlage- und betriebsbedingt keine erheblichen negativen Auswirkungen.

Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Die vorgelegten naturschutzfachlichen Gutachten wurden von den zuständigen Fachbehörden, hier unter anderem der UNB des Landkreises Gifhorn sowie den Niedersächsischen Forstämtern Oerrel, Unterlüß und Südostheide geprüft und für plausibel befunden.

Auf Grundlage eines kontinuierlichen Austausches zwischen Genehmigungsbehörde, Fachbehörden und Antragstellerin erfolgte die schrittweise Anpassung der Antragsunterlagen, hier

insbesondere der Vermeidungs- und Verminderung- sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, um den örtlichen Gegebenheiten umfänglich Rechnung zu tragen und den Schutz von Tieren, Pflanzen und biologischer Vielfalt zu gewährleisten.

In Anbetracht vorgenannter Maßnahmen werden die potenziellen Auswirkungen des geplanten Vorhabens wie folgt bewertet:

Bewertung baubedingter Auswirkungen

Baubedingt besitzt der geplante Windpark Jembke Süd das Potenzial, sowohl Flora als auch Fauna negativ zu beeinflussen.

Besagten Problemfeldern wurde bereits im Rahmen der Vorhabenplanung und hier insbesondere hinsichtlich der konkreten Standortauswahl Rechnung getragen. Über den wirtschaftlichen Betrieb hinaus werden unnötige Beeinflussungen des betrachteten Schutzgutes durch eine entsprechende Platzierung der Anlagen vermieden.

Eine durch optimierte Abläufe verkürzte Nettobauzeit sowie die Baufeldfreimachung außerhalb der Brutzeit vermindern baubedingte Störungen der örtlichen Fauna.

Bewertung anlagebedingter Auswirkungen

Dem anlagebedingten Lebensraumverlust wird im Rahmen der abgestimmten Kompensationsmaßnahmen begegnet. Es werden durch die Vorhabenträgerin Ersatzhabitats geschaffen, welche die Entstehung übergeordneter und zusammenhängender Habitatstrukturen fördern.

Bewertung betriebsbedingter Auswirkungen

Betriebsbedingt muss insbesondere die Kollisionsgefährdung von Avi- und Chiropterenfauna durch die Vorhabenträgerin adressiert, das heißt vermieden bzw. vermindert werden.

Im Fall der potenziell gefährdeten Greif- und Großvögel werden zunächst ideale Nahrungsflächen außerhalb des Windparks geschaffen, um die externe Flächenattraktivität zu steigern. Des Weiteren wird die Anziehungskraft der Offenflächen im Einflussbereich des Rotors gesenkt, hierzu findet eine definierte Pflege der Mastfußbereiche statt. Ziel der beschriebenen Steuerung durch Flächenattraktivität ist die Senkung des Kollisionsrisikos unter die Signifikanzschwelle. Eine ebensolche Zielstellung wird auch mit den, als naturschutzrechtliche Nebenbestimmung verankerten, Abschaltzeiten verfolgt.

Während der im Zusammenhang mit Avi- und Chiropterenfauna ermittelten Aktivitäts- und Risikophasen ist ein Betrieb der geplanten Windenergieanlagen demnach ausgeschlossen.

Angesichts der potenziellen Gefährdung von Flora und Fauna durch WEA-induzierte Unfälle und Katastrophen sei auf die bereits hinsichtlich des Schutzgutes Mensch bzw. dessen Gesundheit beschriebene Anlagen- und Überwachungstechnik verwiesen.

Erheblichkeit nachteiliger Auswirkungen für das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

In Konsequenz vorstehender Ausführungen sind, ein genehmigungskonformer Anlagenbetrieb vorausgesetzt, erhebliche negative Auswirkungen für den Tier- und Pflanzenbestand sowie die biologische Vielfalt ausgeschlossen.

Schutzgut Fläche/Boden

Die das Schutzgut Fläche bzw. Boden betreffenden Antragsunterlagen wurden einer Prüfung durch die einschlägigen Träger öffentlicher Belange, hier insbesondere die UBB/UIB des Landkreises Gifhorn, des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie sowie der Landwirtschaftskammer Niedersachsens, unterzogen und für plausibel befunden.

Unter Berücksichtigung der von den vorgenannten Institutionen erhaltenen Rückmeldungen werden die Auswirkungen des Vorhabens auf das unter diesem Punkt betrachtete Schutzgut wie folgt bewertet:

Bewertung bau- sowie anlagebedingter Auswirkungen

Bau- sowie anlagebedingte Auswirkungen des geplanten Vorhabens äußern sich vornehmlich im Verlust landwirtschaftlicher Flächen und der natürlichen Bodenfunktion am Standort.

Eine über das notwendige Maß hinausgehende Flächeninanspruchnahme wird, durch die vorgesehene Nutzung vorhandener Infrastruktur, im Rahmen der Bauausführung vermieden. Des Weiteren werden unabdingbar teilversiegelte Flächen, wie Lager- und Montagebereiche, nach Beendigung der Bauarbeiten entsiegelt.

Baubegleitende Bodenschutzmaßnahmen dienen hierbei der Wiederherstellung der Bodenfunktion.

Die anlagenbedingte Flächenversiegelung führt ebenfalls zu einem Verlust der natürlichen Bodenfunktion. Eine fortwährende Beeinträchtigung des Schutzgutes Fläche/Boden soll durch den Rückbau der Anlagen verhindert werden. Vor dem Hintergrund der Rückbaubestimmungen ist die zumindest teilweise Wiederherstellung der Bodenfunktion realistisch.

Der naturschutzrechtlich erforderliche Ausgleich erfolgt mittels der bereits beschriebenen Kompensationsmaßnahmen.

Als Konsequenz vorstehender Ausführungen kann festgehalten werden, dass die Realisierung des Windparks Jembke Süd bezogen auf das Schutzgut Fläche/Boden zu keinen erheblich negativen Auswirkungen führt.

Die geplanten Vermeidungs- sowie Verminderungsmaßnahmen begrenzen die Flächeninanspruchnahme, während insbesondere die Extensivierungsmaßnahmen der Kompensation dauerhaft vollversiegelter Flächen dienen.

Bewertung betriebsbedingter Auswirkungen

Erhebliche Auswirkungen durch Schadstoffeinträge in den Boden sind unter Berücksichtigung der technischen Sicherheitsvorkehrungen und der Vermeidungsmaßnahmen nicht zu erwarten.

Erheblichkeit nachteiliger Auswirkungen für das Schutzgut Fläche/Boden

Für das betrachtete Schutzgut ergeben sich bau-, anlage- und betriebsbedingt keine erheblichen negativen Auswirkungen.

Schutzgut Wasser

Bezogen auf das hier betrachtete Schutzgut Wasser erfolgte die Prüfung der Antragsunterlagen federführend durch die Untere Wasserbehörde (UWB) des Landkreises Gifhorn und den Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz.

Unter Bezugnahme auf die Verfahrensbeiträge beider Institutionen werden die potenziellen Auswirkungen des Vorhabens folgendermaßen beurteilt:

Bewertung baubedingter Auswirkungen

Der Verlust der Versickerungsfunktion ist lediglich temporärer Natur und kleinräumig begrenzt. Erhebliche negative Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser sind nicht absehbar.

Bewertung anlagebedingter Auswirkungen

Der punktuelle Verlust der Versickerungsfunktion ist nach Auffassung der Genehmigungsbehörde als unkritisch zu bewerten, da das anfallende Niederschlagswasser auf benachbarten Flächen versickern kann. Es liegt keine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes vor, da der Oberflächenabfluss nicht erhöht wird.

Bewertung betriebsbedingter Auswirkungen

Erhebliche Auswirkungen durch Schadstoffeinträge in das Grundwasser - Oberflächengewässer werden von dem geplanten Vorhaben nicht tangiert - sind unter Berücksichtigung der technischen Sicherheitsvorkehrungen und der Vermeidungsmaßnahmen nicht zu erwarten.

Erheblichkeit nachteiliger Auswirkungen für das Schutzgut Wasser

Für das betrachtete Schutzgut ergeben sich bau-, anlage- und betriebsbedingt keine erheblichen negativen Auswirkungen.

Schutzgut Klima/Luft

Baubedingte Auswirkungen

Durch den baubedingten Verkehr sind kurzfristig erhöhte Schadstoffemissionen möglich. Eine unmittelbare Beeinträchtigung ist aufgrund der Geringfügigkeit der Schadstoffbelastung nicht zu erwarten.

Anlagebedingte Auswirkungen

Durch die kleinräumige anlagebedingte Versiegelung von bisher vegetationsbestandener Fläche werden Veränderungen des Mikroklimas vorgenommen.

Negative Wirkungen sind wegen der Geringfügigkeit des Eingriffs allerdings nicht erwartbar.

Betriebsbedingte Auswirkungen

Die Windenergieanlagen entziehen dem Wind betriebsbedingt Energie, hieraus resultierende, messbare Einflüsse auf das Lokalklima sind nicht bekannt.

Der Gefahr WEA-induzierter Flächenbrände beugt die automatisierte Löscheinrichtung effektiv vor. Eine hiermit in Zusammenhang stehende Klimaschädigung durch CO₂-Freisetzung ist nicht zu besorgen.

In vergleichbarer Art und Weise ist sichergestellt; entsprechender Nachweis im Rahmen des FIREWATCH-Gutachtens; dass die WEA des Windparks keine Sichtverschattungen bedingen, welche der Ausbreitung etwaiger Waldbrände Vorschub leisten würden.

Erheblichkeit nachteiliger Auswirkungen für das Schutzgut Klima/Luft

Durch den Bau und Betrieb der geplanten Windenergieanlagen ergeben sich keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen.

Schutzgut Landschaft

Vor dem Hintergrund einer möglichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes erfolgte die Prüfung der Antragsunterlagen sowohl durch die UNB als auch die UBB/UIB des Landkreises Gifhorn.

Bewertung bau- sowie anlagebedingter Auswirkungen

Bau- und anlagebedingte Auswirkungen des Vorhabens Windpark Jembke Süd erschöpfen sich in einer, durch technische Überprägung ausgelösten, Veränderung des Landschaftsbildes unterschiedlichen Ausmaßes.

Während sich die Beeinträchtigungen der Bauphase als lediglich temporär erweisen, überdauert die anlagebedingte Beeinflussung des Landschaftsbildes die Nutzungsdauer des geplanten Windparks und wird erst mit dem Rückbau der Anlagen revidiert.

Insbesondere die geschilderten anlagebedingten Beeinträchtigungen sind weder vermeid- noch verminderbar und müssen dementsprechend durch den Betreiber ausgeglichen werden, hierzu dienen Ersatzgeld und Kompensationsmaßnahmen, welche die Wiederherstellung der Landschaftsbildfunktion im betroffenen Naturraum fördern.

Bewertung betriebsbedingter Auswirkungen

Betriebsbedingt besitzen die WEA des Windparks zunächst das Potential Landschaftsgeräusche durch Schall- und Schattenwurf zu überprägen. Die beschriebenen Effekte erstrecken sich über die projektspezifische Schall- und Schattenausbreitung und sind somit für die umliegenden Wohnsiedlungen aufgrund des Anlagenabstandes sowie der definierten Abschaltzeiten als unerheblich einzustufen.

Hinsichtlich der durch Rotorblattbewegungen ausgelösten visuellen Unruhe sei auf den bereits vorstehend geschilderten Ausgleich mittels Ersatzgeld und Kompensationsmaßnahmen verwiesen.

Erheblichkeit nachteiliger Auswirkungen für das Schutzgut Landschaft

Unter Berücksichtigung des zu erhebenden Ersatzgeldes, der umzusetzenden Kompensationsmaßnahmen und der damit verbundenen Wiederherstellung der Funktionen des Landschaftsbildes im betroffenen Naturraum sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen ersichtlich.

Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Bezogen auf das hier betrachtete Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter erfolgte die Prüfung der Antragsunterlagen federführend durch die Untere Denkmalschutzbehörde; Baudenkmalpflege und Bodendenkmalpflege; des Landkreises Gifhorn.

Unter Bezugnahme auf Verfahrensbeiträge beider Institutionen werden die potenziellen Auswirkungen des Vorhabens folgendermaßen beurteilt:

Bewertung baubedingter Auswirkungen

Der Unteren Denkmalschutzbehörde liegen keine konkreten Hinweise bzgl. des Auftretens archäologischer Bodenfunde vor. Dementsprechend ist eine baubedingte Beeinträchtigung des gegenständlichen Schutzgutes nahezu ausgeschlossen.

Bewertung anlagebedingter Auswirkungen

In Anbetracht des Abstandes, welche die WEA des Windparks zu den nächstgelegenen Baudenkmalen wahren, sind anlagebedingte Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut auszuschließen.

Erheblichkeit nachteiliger Auswirkungen für das Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Werden die einschlägigen Hinweise der Kreisarchäologie des Landkreises Gifhorn berücksichtigt, ergeben sich keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen.

Die den Antragsunterlagen beigefügten Stellungnahmen und Gutachten sind in Summe plausibel und nachvollziehbar. Erhebliche nachteilige Beeinträchtigungen, insbesondere des Menschen durch Schall und Schattenwurf sind bei genehmigungskonformer Ausführung des Vorhabens nicht zu erwarten. Insgesamt hat die Prüfung der Umweltverträglichkeit keine Gesichtspunkte ergeben, die die Umweltverträglichkeit des beantragten Vorhabens an dem vorgesehenen Standort in Frage stellen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass bei Einhaltung der im Landschaftspflegerischen Begleitplan formulierten Maßnahmen zur Vermeidung/Minimierung der Auswirkungen und zur Kompensation der verbleibenden Auswirkungen sowie der aufzugebenden Nebenbestimmungen durch das beantragte Vorhaben die in § 1 BImSchG genannten Schutzgüter schädlichen Umwelteinwirkungen nicht ausgesetzt sein werden.

Die Prüfung der Antragsunterlagen und der eingegangenen Stellungnahmen sowie die nach § 20 Abs. 1 b der 9. BImSchV vorzunehmende Bewertung haben ergeben, dass nach Aufnahme von entsprechenden Nebenbestimmungen die Genehmigungsvoraussetzungen vorliegen. Die beantragte Genehmigung war daher zu erteilen.

IV.

Kosten:

Dieser Bescheid ist kostenpflichtig. Aufgrund der §§ 1, 3 und 13 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG)⁵ i. V. m. der hierzu ergangenen Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO)⁶ sowie der Baugebührenordnung (BauGO)⁷ werden folgende Kosten festgesetzt:

Gebühren nach AllGO lfd. Nr. 44.1.1.2.5	18.914,12 €
Gebühren nach AllGO lfd. Nr. 112.1	255,00 €
Gebühren nach § 1 BauGO i. V. m. Nr. 1.2 Gebührenverzeichnis	15.312,00 €
Gebühren nach § 1 Abs. 2 BauGO	344,00 €
Gebühren nach § 6 Abs. 3 i. V. m. § 5 BauGO	297,50 €
insgesamt (zu zahlender Betrag)	<u>35.122,62 €</u>

Die Kostenschuld wird gem. § 7 NVwKostG mit der Bekanntgabe fällig und ist innerhalb von 14 Tagen unter Angabe des Kassenzzeichens **AbfV-WO23009** auf das untenstehende Konto des Landkreises Gifhorn zu überweisen.

Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg

BIC: NOLADE21GFW

IBAN: DE79 2695 1311 0011 0005 02

V.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Landkreis Gifhorn erhoben werden.

1. Schriftlich oder zur Niederschrift

Der Widerspruch kann schriftlich oder zur Niederschrift eingelegt werden.

Die Anschrift lautet: Landkreis Gifhorn, Schlossplatz 1, 38518 Gifhorn

2. Auf elektronischem Weg

Der Widerspruch kann durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur nach dem Signaturgesetz erhoben werden. Die E-Mail-Adresse lautet: landkreis@gifhorn.de

Der Widerspruch kann auch durch De-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung nach dem De-Mail-Gesetz eingelegt werden.

Die De-Mail-Adresse lautet: landkreis@gifhorn.de-mail.de

Im Auftrage

Präger

Anlagen

- 1 Satz geprüfter Antragsunterlagen
- 1 Antrag auf Schlussabnahme
- 1 Bauschild sowie roter Punkt

⁵ Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.04.2007 (Nds. GVBl. S. 173), in der zz. geltenden Fassung.

⁶ Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (AllGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171), in der zz. geltenden Fassung.

⁷ Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen der Bauaufsicht (BauGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.01.1998 (Nds. GVBl. S. 3), in der zz. geltenden Fassung.

Anhang 1

Unterlagenverzeichnis zur Genehmigung vom 20.06.2023, Az.: 9.3/74.01-01.28

		Anzahl der Seiten
0	Inhaltsverzeichnis	
1	Antrag	
1.1	Genehmigungsantrag nach BImSchG (Formular 1.1)	6
1.2	Kurzbeschreibung	5
1.3	Handelsregisterauszug	2
2	Lagepläne	
2.1	Topographische Karte M 1:25.000	2
2.2	Amtliche Karte M 1:5.000 (AK5) Übersichtskarte M 1:7.500 für WEA 2 und WEA 3	3
2.3	Liegenschaftskarte WEA 2 und WEA 3	3
2.3.1	Flurstücksnachweis WEA 2 und WEA 3	5
2.5	Auszug aus dem FNP Boldecker Land	2
3	Anlage und Betrieb	
3.1	Beschreibung der zum Betrieb erforderlichen technischen Einrichtungen und Nebeneinrichtungen sowie der vorgese- henen Verfahren	29
3.2	Angaben zu verwendeten und anfallenden Energien	1
3.3	Gliederung der Anlagen in Anlagenteile	1
3.4	Betriebsgebäude, Maschinen, Apparate und Behälter	1
3.5	Angabe zu gehandhabten, eingesetzten und entstehenden Stoffen	20
3.5.1	Sicherheitsdatenblätter der gehandhabten Stoffe	127
4	Emissionen und Immissionen im Einwirkungsbereich der Anlage	
4.5	Betriebszustand und Schallemissionen	1
4.7	Sonstige Emissionen Schallemission, Leistungskurven, Schubbeiwerte Schallgutachten Schattenwurfgutachten	201
5	Messung von Emissionen und Immissionen sowie Emissionsminderung	
5.1	Vorgesehene Maßnahmen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen	11
6	Anlagensicherheit	
6.4	Vorgesehene Maßnahmen zum Schutz der Allgemeinheit und Nachbarschaft	33
7	Arbeitsschutz	
7.1	Vorgesehene Maßnahmen zum Arbeitsschutz	112
8	Betriebseinstellung	
8.1	Vorgesehene Maßnahmen für den Fall der Betriebseinstel- lung (§ 5 Abs. 3 BImSchG)	9
8.2	Rückbauverpflichtung	2
9	Abfälle	

9.1	Vorgesehene Maßnahmen zur Vermeidung, Verwertung oder Beseitigung von Abfällen	1
9.5	Abfälle beim Betrieb und Entsorgungszertifikat	16
11	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	
11.1	Beschreibung der wassergefährdenden Stoffe, mit denen umgegangen wird	1
11.8	Einsatz von Flüssigkeiten und Maßnahmen gegen unfallbedingten Austritt	11
12	Bauvorlagen und Unterlagen zum Brandschutz	
12.1	Antragsformular für den baulichen Teil (Formular 12.1)	4
12.2	Lagepläne Lageplan M. 1:2.500 (siehe auch Kapitel 2.Lagepläne) Übersichtplan M 1:25000 Lageplan Windpark M 1:4000 Lageplan WEA 2 und WEA 3 M 1:500	5
12.3	Bauzeichnungen (Grundrisse, Ansichten, Schnitte) Gesamtansicht (Übersichtszeichnungen) WEA Abmessungen Gondel, Blätter Fundamentzeichnungen Transport, Zuwegung, Krananforderungen	55
12.4	Baubeschreibung (§ 5 Abs. 1 BauVorlVO) Statistikblatt	3 2
12.5	Berechnungen (Grenzabstandsberechnung)	3
12.6	Bautechnische Nachweise	
12.6.1	Nachweis der Standsicherheit (siehe Kapitel 16.1.4)	1
12.6.2	Ausführungszeichnungen (siehe Kapitel 12.2 und 12.3)	1
12.6.4	Nachweis zum Brandschutz AWFS Gutachten 2016 Einschätzung auf das installierte Waldbrandfrüherkennungssystem durch Anpassung WEA Brandmelde- und Feuerlöschsystem Grundlagen zum Brandschutz Projektbezogenes Brandschutzkonzept 8/21	54
12.7	Sonstige Fachgutachten und Nachweise Baugrundgutachten 7/21	66
12.8	Weitere wichtige Dokumente Prüfbescheid zur Typenprüfung Typenprüfung wurde in Gänze direkt an die Baubehörde versandt	9
12.8.1	Bauvorlagenberechtigung	2
12.9	Sonstiges Herstell-, Rohbau- und Rückbaukosten, siehe Kapitel	1
13	Natur, Landschaft und Bodenschutz	
13.1	Angaben zum Betriebsgrundstück und zur Wasserversorgung sowie zu Natur, Landschaft und Bodenschutz (Formular 13.1)	3
13.2	Vorprüfung nach § 34 BNatSchG – Allgemeine Angaben (Formular 13.2)	1
13.3	Vorprüfung nach § 34 BNatSchG – Ausgehende Wirkungen (Formular 13.3)	2
13.5	Gutachten und Pläne Gutachten: Kartierbericht Avifauna und Fledermäuse Kartierbericht Reptilien Raumnutzungsanalyse Rotmilan Landschaftspflegerischer Begleitplan	54 9 21 89

	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag	94
	Fachbeitrag zur Verträglichkeitsvorprüfung nach § 34 BNatSchG	37
	Gutachten zur Bewertung der Waldfunktionen im Rahmen einer Waldumwandlung	13
	Maßnahmenverzeichnis	57
	Formblätter zur Artenschutzprüfung	179
	Pläne:	
	Kartierbericht Avifauna und Fledermäuse Brutvögel 2014	1
	Kartierbericht Avifauna und Fledermäuse Schlaggefährdete Arten - Greifvögel, Eulen 2014	1
	Kartierbericht Avifauna und Fledermäuse Raumnutzungsanalyse - Rotmilan 2014	1
	Kartierbericht Avifauna und Fledermäuse Schlaggefährdete Arten - Mäusebussard 2014	1
	Kartierbericht Avifauna und Fledermäuse Weitere schlaggefährdete Arten 2014	1
	Kartierbericht Avifauna und Fledermäuse Gastvögel 2014	1
	Kartierbericht Avifauna und Fledermäuse Fledermausplan	1
	Kartierbericht Avifauna und Reptilien	1
	Flugbewegungen Rotmilan (März 2021)	1
	Flugbewegungen Rotmilan (April 2021)	1
	Flugbewegungen Rotmilan (Mai 2021)	1
	Flugbewegungen Rotmilan (Juni 2021)	1
	Flugbewegungen Rotmilan (Juli 2021)	1
	Flugbewegungen Rotmilan (August 2021)	1
	Flugbewegungen (Baumfalke, Großer Brachvogel, Kranich, Wanderfalke, Weißstorch)	1
	Flugbewegungen (Rohrweihe, Seeadler)	1
	Flugbewegungen (Schwarzmilan, Wespenbussard)	1
	Bestands-, Konflikt- und Maßnahmenplan	4
	Maßnahmenübersichtsplan - Kompensationsflächen	2
	Waldbeanspruchung	3
14	Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)	
14.1	Klärung des UVP-Erfordernisses	1
14.2	Unterlagen nach § 16 UVPG	
	Berichte:	
	Bericht zur Umweltverträglichkeitsprüfung	116
	Allgemein verständliche Zusammenfassung des Umweltverträglichkeitsprüfungsberichtes gemäß § 16 UVPG	27
	Pläne:	
	Übersichtsplan	1
	Schutzgut Menschen, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter	1
	Schutzgut Pflanzen: Bestand	3
	Schutzgut Pflanzen: Bewertung	3
	Schutzgut Wasser und Boden	1
	Schutzgut Klima und Luft	1
	Schutzgut Landschaft	1
	Schutzgut Tiere - Brutvögel	1
	Schutzgut Tiere - Gastvögel	1
	Schutzgut Tiere - Fledermäuse	1
	Schutzgut Tiere - Reptilien	1
14.3a	UVP-Pflicht oder Einzelfallprüfung	1
16	Anlagespezifische Antragsunterlagen	
16.1.1	Windenergieanlagen: Standorte der Anlagen	2

16.1.2	Raumordnung/Zielabweichung/Regionalplanung	14
16.1.3	Windenergieanlagen: Sicherheitstechnische Einrichtungen und Vorkehrungen Unabhängige Analyse von Eisfall mit Risikoanalyse Zusammenfassung des Gutachtens zur Bewertung der Funktionalität eines Eiserkennungssystems zur Verhinderung von Eisabwurf an NORDEX Windenergieanlagen Eiserkennung an Nordex-Windenergieanlagen Ice Detection System IDD.Blade - Wölfel Wind Systems GmbH Verkehrs- und wahrnehmungspsychologische Stellungnahme zur Errichtung von 3 WEA in Jembke Blitzschutz und elektromagnetische Verträglichkeit (EMV)	81
16.1.4	Standicherheit Gutachtliche Stellungnahme zur Standorteignung von Windenergieanlagen im Windpark Gutachterliche Stellungnahme zur Überprüfung der Standorteignung (lastseitig) von drei Windenergieanlagen des Typs Vestas V80 im Windpark Jembke mittels generischer Lastrechnungen	51
16.1.5	Anlagenwartung	1
16.1.6	Zuwegung, Kabelverbindung, Kranstellfläche	39
16.1.7	Kennzeichnung von Lufthindernissen Beiblatt Antrag Bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung (BNK)	41
16.1.8	Abstände / Erschließung (pro Anlage aus 16.1.1 ein Formblatt 16.1.8)	5
17	Sonstige Unterlagen Grundbuchauszüge Pachtverträge Rückbauaufwand Rückbaukosten Herstell- und Rohbaukosten Baulastpläne WEA 2 und WEA 3 Optionale Ausstattung – Option Serrations, Schattenwurfmodul, Fledermausmodul	182